

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536, Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Schacht berichtet in Berlin.

Sachverständigen-Konferenz Dienstag vormittag.

Amtlich wird mitgeteilt:
Die beiden Sachverständigen, Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Dr. Bögl, weilten am Sonntag in Berlin und haben die Mitglieder des Reichskabinetts über den Stand der Expertenberatungen in Paris informiert. Sie berichteten insbesondere über die Bedeutung und die Behandlung des deutschen Memorandums. Die Sachverständigen stellten dabei fest, daß keinerlei politische, sondern nur wirtschaftliche Anregungen in dem Memorandum enthalten seien, ferner daß derjenige Teil des Memorandums, dem von anderer Seite politischer Charakter beigegeben worden ist, weder im Unterausschuß noch im Plenum erörtert wurde sowie daß das Memorandum genau so wie die übrigen Memoranden als Diskussionsgrundlage dienen sollte.
Die Minister nahmen den Bericht entgegen und erklärten, daß sie auch fernerhin den Sachverständigen ihre unveränderte Verhandlungsfreiheit zu belassen wünschten.

Im Sinne dieses Communiqués wird der Reichsbankpräsident zu Beginn der inzwischen auf Dienstag verschobenen Vollziehung der Sachverständigenkonferenz eine Erklärung abgeben. In ihr wird besondere Betonung darauf gelegt werden, daß das ohne Kenntnis und nicht in Übereinstimmung mit der Reichsregierung fertiggestellte Memorandum nur als Diskussionsgrundlage gedacht ist. Inwieweit damit die Möglichkeit zu weiteren Erörterungen der Sachverständigen geschaffen wird, bleibt vorläufig abzuwarten. Bisher ist u. a. der Plan einer auf 10 bis 15 Jahre ausgehenden provisorischen Lösung im Vordergrund der privaten Pariser Besprechungen.

Die deutschen Sachverständigen Schacht und Bögl haben am Sonntag abend kurz nach 10 Uhr die Rückreise von Berlin nach Paris angetreten. Mit Rücksicht darauf, daß sie erst heute im Laufe des späten Nachmittags in Paris eintreffen, ist die nächste Vollziehung auf Dienstag verschoben worden.

Vollziehung morgen früh.

Paris, 22. April.

Die nächste Vollziehung der Reparationskonferenz ist auf Dienstag vormittag 11 Uhr festgesetzt worden.

Regierung und Sachverständige.

Erklärung des Wirtschaftsministers im Haushaltsausschuß.

Im Reichstag begann heute die Etatsberatung des Reichswirtschaftsministeriums. Bei dieser Gelegenheit erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius:

Sie werden die gestrige Mitteilung der Reichsregierung über die Berichterstattung der deutschen Reparationsfachverständigen gelesen haben. Unsere Sachverständigen, die nach wie vor in der Freiheit ihrer Entschlüsse von der Regierung in keiner Weise beeinflusst werden, sind auf der Rückfahrt nach Paris. Die für heute anberaumte Vollziehung der Konferenz ist vertagt worden. Ein Bruch der Konferenz ist vermieden; die Tür zu Verhandlungen nicht zugeschlagen. Ob und wann aber noch eine Einigung möglich ist, vermag niemand vorauszusagen. Optimismus ist unangebracht. Unter diesen Umständen darf und muß ich mir verjagen, über die deutsche Wirtschaftslage und die allgemeine Wirtschaftspolitik der Reichsregierung Erklärungen abzugeben. Wenn der Schlussbericht der Konferenz vorliegt oder etwa nachfolgende politische Verhandlungen zum Abschluss gekommen sind, ist der Zeitpunkt da, hierüber Auskunft zu geben. Bisher ist in einer ausführlichen Behandlung der allgemeinen Wirtschaftslage auch schon Gelegenheit bei der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums im Plenum des Reichstages.

Der Minister schlägt gemeinsame Behandlung zweier Fragenkomplexe vor. Einmal handle es sich um die Vorlage über die Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz, ferner um die Vorlage des Reichsernährungsministeriums über die Behandlung von Agrarfragen und darum, was nach dem 31. Dezember dieses Jahres nach Ablauf der Zolltarifnovelle zu geschehen habe. Sodann lägen zahlreiche Anträge und Vorlagen zur Mittelstandspolitik vor. Diese bitte er, beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums im Plenum zu behandeln.

Jäger Runge am Zeugenstand.

Neue Enthüllungen im Liebknecht-Prozess.

Unter allgemeiner Spannung begann heute morgen der ehemalige Jäger Runge, der jetzt den Namen Rudolf trägt, seine Zeugenaussage in dem Prozeß, der die Hinrichtung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wieder aufrollt und die Begünstigung der Mörder durch den damaligen Kriegsgerichtsrat, jetzigen Reichsgerichtsrat Jorns erweisen soll.

Runge-Rudolf, der sich verschiedener Einzelheiten von 1919 nicht mehr genau zu entsinnen weiß, aber das, was er bekennt, mit aller Bestimmtheit angibt und auch nicht den Eindruck eines Schwachsinnigen macht, betont, daß er

zwar Rosa Luxemburg, nicht aber auch Karl Liebknecht niedergeschlagen

habe. Den Kolbenhieb gegen Rosa Luxemburg habe er nur auf Befehl der Offiziere geführt, von denen einer, der Kapitänleutnant Pflug-Hartung, der auch seinen Namen nennt habe. Der Mann, der auf das Auto sprang und die halb tote Rosa Luxemburg von hinten in den Kopf schoß, sei der „Leutnant“ Krull gewesen, in Wirklichkeit Wachtmeister, und derselbe Krull habe den

ausgegeben. Schließlich ist er dann doch verhaftet worden, und die ihn transportierenden Kriminalbeamten hätten ihm zugeordnet, nur keine Aussage zu machen, sonst werde es ihm sehr schlecht gehen. Er solle auch die 300 000 Mark Prämie haben, die der Reichsministerpräsident Scheidemann für die Ergreifung der Mörder ausgesetzt habe. Als er, nun verhaftet, ins Edenhotel gebracht wurde,

habe Kriegsgerichtsrat Jorns ihm unter vier Augen gesagt, er wolle erst privat mit ihm sprechen.

Er solle nur keine Brähe machen und alles auf sich nehmen, es würden ja höchstens nur drei Monate herauskommen, dann erfolge eine Militärämnestie, und es würden sich Leute finden, die für Runges weiteres Fortkommen sorgen. Jorns erklärte dazu, an jenem Sonntag vormittag sei der Gerichtsschreiber nach nicht da gewesen, der Kriminalbeamte Tschmar habe gebeten, essen gehen zu dürfen, und so habe er mit Runge zunächst anderthalb Stunden isischlagen müssen.

Runge erzählt weiter, wie er im Untersuchungsgefängnis Leichter Strafe die Offiziere wiedertraf, die dank der stets offenen Zellentüren ihn unausgelekt bearbeiteten, ja nichts auszusagen. Er habe darauf erwidert, er werde das schon nicht tun, er wisse ja, daß sonst einmal eine Handgranate auf seinem Bett liege und er erledigt wäre. Bei einer Vernehmung am 13. April durch Jorns, Staatsanwalt Ortman und Zentralratsmitglied Wäger habe er auf Befehl der Offiziere den Schwindel erzählt. Liebknecht habe ihn einmal an Siemens-Halste-Werk mit der Pistole zur Teilnahme an einem Streik zwingen wollen, und deshalb sei er in solche Wut geraten, als er im Hotel Liebknecht wiedergehen. (Publikum im Publikum.) Der Vorsitzende bittet, Kundgebungen zu unterlassen. Weiter habe man ihm den Schwindel in den Mund gefügt, daß er seine falschen Papiere von Spartakisten in der Münzstraße gekauft habe.

Jorns läßt feststellen, das Runge bereits durch ihn vernommen war, als er von Pflug-Hartung und anderen im Gefängnis bearbeitet wurde. Die Darstellung, die Runge seinerzeit einem „Vorwärts“-Redakteur gegeben hat, daß die Untersuchung eine Komödie gewesen sei, hält er vollkommen aufrecht. Sein Amtsverweigerer Grünspach habe sich nur mit den Offizieren unterhalten und ihm nur gesagt: „Runge, nimmst du alles auf dich, Sie kriegen vielleicht noch den Adlerorden. (Große Heiterkeit.) Im Anschluß daran legt Jorns Wert auf die Feststellung, daß Runge das E. R. I mit Unrecht getragen habe. Runge erwidert, es von den Offizieren erhalten zu haben, die ihn auch

nach der Tragödie zum Sergeanten befördert

hätten. Im Felde war er überhaupt nicht, sondern vom Militär noch vorher entlassen; zur G. R. Division ist er wie andere auch gegangen, um Kleidung und Essen zu bekommen. Das viel erörtere Gruppenbild, das ihn in der Mitte zeigt, stelle ein einfaches, alltägliches Mittagessen dar, und wenn er gewußt hätte, was die Photoaufnahme für einen Zweck hatte, wäre er hinausgegangen. Verteidiger Rechtsanwalt Levi betont: Wenn in einer Nachschau eine Photographie mit einem der Haupttäter im Mittelpunkt auftaucht und ein mit der Verfolgung beauftragter Kriminalbeamter nicht alle anderen Personen auf dem Bild festzustellen sucht, so wird er keine 24 Stunden weiter im Amt gelassen werden. Es sind doch auch Offiziere auf diesem Bild.

Jorns verlangt, daß ihm diese Offiziere genannt werden.

Rechtsanwalt Levi: Das war immer die Taktik des Herrn Jorns, von denen, die zu ihm kamen, die Namen der Verdächtigten zu verlangen. Ich gebe keine Namen an, ich bin nicht der Untersuchungsführer gewesen, sonst wäre die Untersuchung wohl anders ausgefallen.

Runge erzählt dann, wie er gleich nach der Hauptverhandlung an Jorns geschrieben hat, daß seine Verurteilung nicht rechtmäßig sei. Jorns verwies ihn an andere nicht bezeichnete Stellen. Runge hat dann in zahlreichen Eingaben die Wiederaufnahme seines Prozesses verlangt; es sei jedoch nichts geschehen. Jorns will von Runge bestätigt haben, daß dieser bei der Vernehmung im Edenhotel gesagt habe, er würde den Polizeipräsidenten Eichhorn, den Tröski und den Lenin ebenso behandeln wie Rosa Luxemburg. Runge erklärt, davon nichts zu wissen.

Rechtsanwalt Levi fragt Jorns, warum er denn das in den



Sir Basil P. Blackett

ist als Nachfolger des so plötzlich verstorbenen Lord Revelstoke zum Delegierten auf der Pariser Reparationskonferenz ernannt worden.

Runge auch mit der Erschießung des im Edenhotel festgehaltenen vermeintlichen Redakteurs der „Roten Fahne“ beauftragt. Dies war der jetzige Abgeordnete Bied, und als Runge sich gegen diesen Befehl auflehnte, habe Krull ihm gedroht, er werde selbst an die Wand gestellt, wenn er sich weigere. Krull habe hinzugefügt, der Befehl stamme vom Hauptmann Pabst. Der Jäger Friedrich, der vom Abtransport Liebknechts zurückgekehrt war, habe ihm erzählt, wie sie im Tiergarten eine Autopanne markiert und den vorausgeschickten Liebknecht von hinten „auf der Flucht“ niedergeschossen haben.

Runge schildert dann, wie er von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division verschoben wurde, damit nichts herauskomme. Und zwar sei das auf Veranlassung eines Freiherrn von Weiß geschehen. Zuerst sollte Krull mit falschen Papieren und 200 Mark zum deutschen Konsul Schwarz in Prag fahren; er lehnte das ab, weil es kein richtiger Job war. Dann mußte er sich mehrere Tage in der Wohnung des Leutnants Diepmann gegenüber dem Edenhotel aufhalten, bis die Papiere in Ordnung waren, die den 1875 geborenen Runge zunächst 1885 geboren sein ließen. Dann kam er als Krankenwärter Dinnwald und mit einigen tausend Mark versehen nach Plessburg und schließlich zum Freikorps Schelle. Auf Grund von Bildern in den Zeitungen, Runge sagt, in den „Preßten“, wurde er verschiedentlich erkannt und hat sich zur Ablenkung auch einmal als Dr.-Ingenieur von einer Maschinenabteilung

Alten nicht vermerkt habe. Jorns: Ich hatte gar keinen Anlaß dazu. (Große Heiterkeit.)

Runge ruft dem Nebenkläger Jorns auf dessen Fragen einbringlich zu: Ich bin nicht mehr so dumm wie damals, heute ist es etwas anderes, ich wäre nicht verurteilt worden, wenn es mit rechten Dingen zugegangen wäre. Der Staat muß für mich sorgen, das geht so nicht weiter.

Dann erzählt Runge, wie man ihn im Gefängnis mit dem Irrenhaus bedroht habe, wenn er nicht die Schnauze halte. Das habe sowohl der Major Britzow getan, der ihn sogar in Gegenwart der Frau Runge habe erschrecken wollen, als er sich bei ihm darüber beschwerte, daß man ihm

Menschenkot und Urin ins Essen gemischt

habe. Man habe ihm auch Heringe gegeben, ihm aber den Wassertrug weggenommen. Er sage nur, was er genau wisse, sehe nichts hinzu, nehme aber auch nichts weg. Da könne er nicht wegen Meineid bestraft werden. Im Gefängnis habe man ihm gesagt, alles Neben nütze ihm nichts, man würde doch alles abstreifen. Der Polizeinspektor im Gefängnis habe ihm angekündigt, er kriegen eins mit dem Schlüssel auf die Reife und dann komme er ins Irrenhaus.

Aus dem Strafhaft in Kaitibus sei er auf Grund eines Schreibens des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, wonach

Seine Verurteilung rechtsmildrig gewesen

wäre, entlassen worden. Später habe ihn der Kaitibus Oberstaatsanwalt Geppert aus seiner Berliner Wohnung dieses Schriftstück weggenommen und Runge sei durch Drohung mit der Zwangsarbeit, die man mitgebracht hatte und mit Wassergebrauch ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Dort habe man ihm einmal auch mit dem Schlüssel auf die Nase gehauen und er sei in die Tobzelle gekommen, die er erst nach einigen Tagen wieder verlassen durfte. Durch das wiederholte Versprechen der Ergreiferprämie habe man ihn zum Schweigen bringen wollen. Und Sanitätsrat Geppert habe ihm erklärt, er solle durch die Diagnose als geisteskrank unschädlich gemacht werden.

Jorns will auf einmal wissen, welcher Partei Runge als Sozialist im Jahre 1918 angehört habe und welcher er jetzt angehöre, blüht aber damit natürlich ab.

Runge berichtet noch, daß er in dem Prozeß vor dem Landgericht gegen den Edensoldaten Kjegusti als Zeuge vernommen werden sollte, was aber Jorns — nach Aussage der Transporteure — verhindert habe.

Zum Abschluß seiner Vernehmung erzählt der Zeuge Runge, daß er am 15. Januar 1926 auf seiner Arbeitsstelle von den Kommunisten überfallen wurde, 15 Messerstiche und 4 Rippenbrüche hätten ihm die Kommunisten beigebracht. Bei der Vernehmung des Zeugen Runge stand wieder einmal im Zuschauerraum ein Mann auf und wollte Reden halten. Er wurde auf Anordnung des Vorsitzenden aus dem Saal geführt und dabei wurde er als der Redner erkannt, der auch im Langstopp-Prozeß als Zuschauer auftrat.

Nebenkläger Jorns äußert sich dann zu den Vorwürfen. Er behauptet, von Papst eines Tages die Mitteilung bekommen zu haben, daß bei einem anderen Bataillon ein gewisser Dünnwald eingetreten sei, der aller Wahrscheinlichkeit nach Runge sei. Daraufhin wurde der Haftbefehl erlassen und ausgeführt. Jorns schildert dann die erste Vernehmung des Runge, er hätte ihn sofort zu sich führen lassen und sich mit ihm gemächlich unterhalten. Runge hatte Angst um seine Frau. Darauf will Jorns gesagt haben: Wenn es Ihrer Frau bisher gut gegangen sei, dann wird auch später für sie gesorgt werden. Er habe dem Mann zugeredet, die Wahrheit zu sagen. Runge war sehr mild und erregt und schrie immer wieder, er würde auch Lenin und Trotski tötschlagen.

Rechtsanwalt Dr. Levi stellt wieder an Jorns die Frage, warum er denn nicht dafür gesorgt habe, daß die Häftlinge besser bewacht wurden. Der Vorsitzende und Jorns versuchen, das mit den damaligen Wirren zu entschuldigen. Rechtsanwalt Dr. Levi behauptet demgegenüber, daß in Moabit damals Zustände gewesen wären wie in keinem anderen Gefängnis Deutschlands. Jorns habe nur Verfügungen erlassen, ohne sich darum zu kümmern, ob tatsächlich etwas geändert würde. Sein Zusammentreffen mit Piepmann habe er sogar acht Tage verschwiegen und erst aktienkundig gemacht, als Piepmann sich beschwerte.

Auf die Frage des Verteidigers, warum nicht wenigstens Runge von den anderen absondert wurde, erklärt Jorns, er wolle sie alle beisammen haben, und auch dem Verteidiger die Arbeit erleichtern, der ja alle Angeklagten vertrat. Obwohl Jorns wußte, daß in Moabit die Gefangenen fast gar nicht oder nur schlecht bewacht wurden, hat er noch während der Gerichtsverhandlung eine Erklärung abgegeben, daß die „Freiheit“, die die Untersuchungshaft schilderte, eine unrichtige Darstellung gegeben hätte. Herr Jorns will sich rechtfertigen und einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ heranziehen, der Vorsitzende winkt ab und stellt unter großer Heiterkeit fest, daß man als wahr unterstellen könne, daß die „Deutsche Tageszeitung“ das gelobt habe, was die „Freiheit“ tadelt.

Rechtsanwalt Dr. Levi geht dann noch auf die Verhaftung des Runge näher ein. Aus den Akten stellt er fest, daß an Hauptmann Papst am 9. März ein Brief gelangt sei, in dem angefragt wurde, ob Dünnwald bei Papsts Truppe gewesen wäre. Papst habe geantwortet, er kenne ihn nicht, dann aber noch einen zweiten Brief an den Bataillonskommandeur gerichtet. Der Verteidiger behauptet nun, hier hätte Jorns unter allen Umständen stuhig werden müssen, denn wie sich nachträglich herausstellte, hatte der Bataillonskommandeur aus dem Haftbefehl Dünnwald als Runge wiedererkannt. Das Gericht unterstellt als wahr, daß Jorns aus diesem Briefwechsel hätte auf den Verdacht kommen müssen, daß Papst an der Sache beteiligt sei. Der Verteidiger verlangt noch die Unterstellung, daß auch hier wieder wichtige Erkundungen, die für den Ausgang des Prozesses entscheidend sein konnten, vergessen worden sind.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Heute wieder Plenarsitzung.

Das Reichstagsplenum tritt heute nachmittags um 3 Uhr zum erstenmal nach seiner vierwöchigen Osterpause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen einige internationale Verträge, so die deutsch-italianischen Verträge und Abkommen, das Opiumabkommen, der Weltunfallvertrag und das internationale Übereinkommen zur Festsetzung von Mindestlöhnen.

Vor der Plenarsitzung halten die meisten Fraktionen Sitzungen ab, um sich im wesentlichen mit dem Arbeitsstoff des Plenums zu beschäftigen. Der Vizepräsident wird voraussichtlich am Dienstag zusammenzutreten, um einen Arbeitsplan für die nächste Zeit aufzustellen und besonders die Reihenfolge der im Plenum zur zweiten Beratung zu stellenden Haushaltspläne festzulegen. Der Haushaltsausschuß hat bereits neben sämtlichen kleineren Haushaltsstellen des Ernährungsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und für Versorgung und Ruhegehälter fertiggestellt, die nunmehr das Plenum in Angriff nehmen kann.

Der Wahlkampf in Belgien.

De Brouckère schildert die Situation.

Genf, 22. April. (Eigenbericht.)

Der belgische Sozialist de Brouckère, der dieser Tage als Delegierter der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Genf weilte, äußerte sich gegenüber dem Genfer Korrespondenten des „Soz. Pressedienst“ über die Wahl-situation in Belgien wie folgt:

„Die belgische sozialistische Partei verfügt zurzeit über 78 Abgeordnete. Ebenso stark ist die katholische Gruppe; außerdem gibt es in der Kammer 22 liberale und 5 flämische Aktivist. Der Kuriosität halber muß auch das Vorhandensein zweier kommunistischer „Fraktionen“ vermerkt werden. Es besteht eine Trotski-Gruppe und eine Gruppe der offiziellen Moskauer Richtung, jede „Fraktion“ aus einem Abgeordneten. Die zurzeit regierende Bürgerblockregierung fand sich gegenüber den Sozialisten bei den Beratungen über das Heeresgesetz zusammen. Im allgemeinen aber treiben nicht nur die Katholisch-Konservativen und die Liberalen, sondern auch die beiden Flügel, aus denen sich die Katholiken zusammensetzen, die Merkmalen und die Christlichen Demokraten, eine sehr verschiedene Politik.

Nur der Haß gegen die Sozialisten hält sie zusammen.

Der zwischen den Liberalen und Katholiken sonst herrschende bitterste Kulturkampf ist nur zurückgestellt. Die Christlichen Demokraten mühten der Koalition zuliebe auf die Durchführung der Sozialversicherung verzichteten. Sie waren ebenfalls, wie die Sozialisten, Anhänger einer Beschränkung der militärischen Dienstzeit auf sechs Monate und haben trotzdem der viel längeren Dienstzeit des Militärgesetzes zugestimmt. Die bürgerlichen Parteien befinden sich nach alledem in einer sehr schwierigen Situation. Sie können nur weiter zusammen regieren, wenn sie aus dem Wahlkampf ohne jede Schwächung hervorgehen. Schon eine schwache Veränderung ihrer Abgeordnetenzahlen würde den Bürgerblock sprengen.

Ueber den Ausgang einer Wahl ist naturgemäß schwer zu prophezeien. Aber alle Anzeichen sprechen für einen starken sozialistischen Fortschritt. Die sozialistischen Versammlungen weisen eine überaus starke Besucherzahl auf, die kommunistische Zersplitterungsarbeit ist überwunden, wo es nötig war, durch Ausschluß der Kommunisten aus den Gewerk-

schaften. Die Arbeiterklasse fühlt die Bedeutung des Wahlkampfes und sammelt sich enthusiastisch unter der sozialistischen Fahne. Die bürgerlichen Gegner greifen infolge ihrer Meinungsverschiedenheiten in ihrem Kampf gegen uns vor allem einen Punkt heraus: Ein sozialistischer Sieg würde — so behaupten sie — eine Finanzkrise bedeuten und zu einem Sinken des Franken führen. Man will die Wähler ferner damit schrecken, daß man behauptet, eine sozialistische Regierung würde erdrückende neue Steuern erheben. Diese Agitation ist charakteristisch für die Angst davor, daß die 42 Prozent sozialistischer Wähler sich in 50 oder mehr Prozent verwandeln könnten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß trotz dieser Agitation die sozialistische Partei auch in neuen, bisher liberalen Kreisen Fuß faßt. Liberale Studenten und Professoren haben sich in der letzten Zeit der sozialistischen Partei zugewandt; außerdem sind drei bekannte jungliberale Führer Mitglieder der sozialdemokratischen Partei geworden.

Die Aufgaben, vor die sich eine neue Regierung gestellt sehen dürfte, betreffen vor allen Dingen die

Schaffung einer Sozialversicherung.

Die Arbeitgeber haben bei dem Bürgerblock versucht, eine Sozialversicherung ihrer Art durchzuführen, die auf den Betrieben unter Kontrolle der Arbeitgeber basiert ist. Wir Sozialisten wollen eine freie Sozialversicherung. Auch die Berufsschulfrage muß gelöst werden. Die Merkmalen haben neben den offiziellen Berufsschulen Merkmalen Berufsschulen eröffnet, die vom Klerus und den Arbeitgebern ausgehalten werden. Bei der Stabilisierung des Franken wurden außerordentliche Verbrauchsteuern für vier Jahre geschaffen. Die gegenwärtige Regierung will diese Verbrauchsteuern auch weiterhin aufrechterhalten. Wir wollen sie aufheben bzw. auf die kapitalträchtigen Kreise überwälzen. Das Militärgesetz ist noch nicht durchgeführt, eine sozialistische Regierung könnte hier manches bessern. Ramentlich aber wird das neue Parlament die Entscheidung über den Bau des von den Bürgerlichen geplanten Festungsgürtels zu fällen haben. Wir lehnen diesen Festungsgürtel ab. Er würde eine fünfzigprozentige Vermehrung der Militärlasten bedeuten, eine Summe, die wir sehr gut für die Durchführung der Sozialversicherung brauchen können.“

Kein ungedeckter Scheck!

Eine Aeußerung Kasts.

London, 22. April.

Der Pariser Korrespondent der „Financial Times“ gibt eine Erklärung über den deutschen Standpunkt wieder, die der zweite deutsche Delegierte Kast ihm gegeben hat. Darin heißt es u. a., es sei den Deutschen von Anfang an klar gewesen, daß die Delegierten der Gläubigernationen zu der Konferenz kamen, ohne eine klare Vorstellung zu haben, was sie schuldeten oder welchen Betrag die Gesamtheit ihrer Forderungen ergeben würde. Die deutsche Delegation habe dagegen auf Grund sorgfältig vorbereiteter Dokumente schon eine Vorstellung davon gehabt, daß die gesamten Forderungen weit über die Dawes-Zahlungen hinausgehen würden. Bei Bekanntgabe der einzelnen Forderungen habe sich eine so hohe Gesamtsumme ergeben, daß die Delegierten, die die einzelnen Forderungen vortrachen, selbst überrascht gewesen seien. Geheimrat Kast fuhr fort: Es wurde ein Unterausschuss eingesetzt, um die einzelnen Forderungen herabzusetzen. Wir haben guten Grund zu glauben, daß sich dabei große Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Gläubigerdelegationen ergaben. Schließlich standen wir einer Gesamtforderung von 2000 Millionen Mark jährlich gegenüber. Wir sind aber zur Konferenz als nüchterne und unabhängige Geschäftsleute gekommen, und wir sind nicht bereit, gewissermaßen einen Scheck zu unterschreiben, den wir bei der Vorlegung nicht auszahlen könnten. Wir können unsere Zahlungsfähigkeit nicht durch Ausfuhr steigern infolge der hohen Zollschranken, die alle Nationen seit dem Kriege gegen die Einfuhr deutscher Waren errichtet haben. Nachdem wir auf die verschiedenen Minuspositionen hingewiesen hatten, ersuchten wir die Gläubigerdelegationen, uns zu zeigen, wie wir unsere Zahlungsfähigkeit steigern könnten. Kast erwähnte dann die in dem deutschen Memorandum enthaltenen beiden Pläne und ihre Voraussetzungen und schloß: Wir sind bereit und wünschen, die Dinge mit unseren Sachverständigenkollegen weiter zu erörtern. Wir wünschen nicht, daß die Konferenz abgebrochen oder auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Aber als unabhängige sachkundige Geschäftsleute, die frei von der Kontrolle der deutschen Regierung sind, haben wir die Ueberzeugung, daß es die deutsche Leistungsfähigkeit sehr belasten würde, über eine Annuität von 1650 Millionen Mark hinauszugehen, außer wenn die Vertreter der GläubigerNationen uns einen anderen Ausweg zeigen, was sie bisher nicht getan haben.

Sehveruche gegen Schacht.

Paris, 22. April. (Eigenbericht.)

Der „Matin“ erklärt, daß man alle Anstrengungen legt auf ein Proposium lenke, das allerdings die Kommerzialisierung der deutschen Schuld in bedeutendem Maße sicherstellen müsse. Das nationalistiche „Echo de Paris“ versucht die Atmosphäre dadurch zu vergiften, daß es behauptet, Dr. Schacht habe seinen bisherigen Pariser Aufenthalt dazu mißbraucht, um mit den Gegnern des Kabinetts Poincaré, namentlich mit Daladier und Malon, zu konspirieren. Es sei in diesen Unterhaltungen nur von der Rückgabe des Danziger Korridors die Rede gewesen und Dr. Schacht habe bei seinen französischen Partnern nur allzuviel Entgegenkommen gefunden. Gleichzeitig behauptet das Blatt, daß vor etwa einem Monat den Delegierten die Befriedigung ihrer finanziellen Forderungen von deutscher Seite versprochen worden sei, falls sie dafür Eupen und Malmedy zurückgäben.

Verhandlungen im Ruhrbergbau.

Dortmund, 22. April.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau wurden heute vormittags 10½ Uhr vom Schlichter Professor Brahn eröffnet.

Die Verhandlungen ergaben, daß freie Vereinbarungen zwischen den beiden Parteien nicht zu erzielen seien. Daraufhin wurde auf Vorschlag des Schlichters im Einverständnis mit den Parteien eine Schlichterkammer gebildet.

Die Spaltungskonferenz.

Das vorbereitende Komitee.

Das kommunistische Montagsblatt berichtet über die gestrige Konferenz „oppositioneller“ Metallarbeiter, die der aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossene RPD-Mann Niederkirchner mit seinen Getreuen als „Komitee zur Abwehr der Spaltung und Ausschlässe im DMB“ veranstaltet hat. Von 363 Teilnehmern an dieser Konferenz der Ausgeschlossenen, Unorganisierten und „oppositionell“ Organisierten sollen 293 als Vertreter von 151 Betrieben erschienen sein mit einer Belegschaftsziffer von 111 153 Arbeitern.

Eine einfache Rechnung! Jeder der in den 151 Betrieben beschäftigten Arbeiter wird als Austraggeber der kommunistischen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit gewählten Delegierten gewählt. Das von der RPD-Presse tagtäglich gebrauchte Eigenschaftswort „zusammengeschobene“ trifft auf diese Konferenz zu wie noch nie; sie war richtig zusammengeschoben. Dabei bedarf es nicht einmal der Frage, was denn die übrigen 70 „Delegierten“ zu vertreten hatten, die keine Betriebe vertraten.

Die Spaltungsträuben waren den Machern um Niederkirchner offenbar noch zu sauer. Man begnügte sich zunächst damit, das bisherige provisorische „Abwehrkomitee“ auf 11 Mitglieder zu verstärken und es zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Durch Druck hervorgehoben wird der weitere Beschluß, für den bevorstehenden Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie ein „vorbereitendes Komitee“ einzusetzen, gebildet aus 24 Vertretern der wichtigsten Großbetriebe. Das heißt der Deutsche Metallarbeiterverband, seine Berliner Ortsverwaltung, soll bei der Lohnbewegung der Organisation beiseite geschoben und der RPD. samt der I.A.H. die „Kampfstellung“ zugesprochen werden. Was in Hennigsdorf erprobt wird, soll in Berlin gemacht werden. Berlin ist aber nicht Hennigsdorf.

Bormarsch in Graz.

Die Hälfte der Gemeindefische erobert.

Wien, 22. April. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratie vermochte bei den gestern stattgefundenen Gemeindevahlen in Graz zwei neue Mandate zu gewinnen, so daß sie jetzt von 48 Mandaten im Gemeindepalament die Hälfte mit 24 Mandaten besitzt. Die Kommunisten haben nicht einmal 1 Proz. der abgegebenen Stimmen erreicht, während die Sozialdemokratie wiederum 44 000 erhielt.

Frankreichs Pockensperre.

Impfzwang in Le Havre.

Le Havre, 22. April.

Seit Sonnabend früh sind die von dem Bürgermeister vorgeesehenen Vorkehrungen zur Verhütung der Einschleppung der Pocken zur Annahme gekommen. Von den 38 Passagieren des aus England kommenden Postschiffes konnten 22 Impfzeugnisse vorweisen; die übrigen ließen sich impfen, ehe sie an Land gingen.

Die Pockenkonferenz, die am Sonnabend in Calais in Gegenwart zahlreicher englischer und französischer Regierungsvertreter zusammentrat, ist ergebnislos verlaufen. Die Engländer erklärten sich für unzuständig, den von den Franzosen vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen zuzustimmen. England wird nunmehr versuchen, die Dinge auf diplomatischem Wege weiter zu verfolgen.

Das französische Arbeitsministerium hat auf Grund des ergebnislosen Verlaufes der Konferenz noch am Sonntag eine Reihe von Maßnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Pocken nach Frankreich angeordnet. So sind die Hafenbehörden u. a. ermächtigt, nötigenfalls über Reisende, die aus dem fernen Osten kommen, die Quarantäne zu verhängen. Personen, die aus England einreisen und in einer Gemeinde mit Pockengefahr leben, müssen einen Sanitätspass mit sich führen.

Liepmann und Liebknechtmord.

Von E. J. Gumbel.

Bei der Verhandlung im Beseidigungsprozess des Reichsanwalts Jorns gegen den Redakteur des „Tagebuch“ Joseph Bornstein hat der frühere Leutnant und jetzige Referendar Dr. jur. H. R. Liepmann die Vorgänge vor und nach der Ermordung Liebknechts eingehend geschildert. Da das Beweisthema nicht der Mord selbst, sondern nur die Frage war, ob Jorns, der damals bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Untersuchung führte, die Morder begünstigt oder die Aufklärung, sei es fahrlässig sei es bewußt, gehindert hat, konnte die Vernehmung Liepmanns auf den Mord selbst nicht eingehen. Obwohl Liepmann im Prozess im Mai 1919 ausgefragt hat: „Ich ich und Liebknecht“ wurde er damals nur wegen Annahme einer Befehlsbefugnis in Verbindung mit Begünstigung zu 6 Wochen verschärften Stubenarrests verurteilt.

Bei der jetzigen Vernehmung hat er angegeben, daß er als Transportführer nach der angeblichen Panne als letzter in der Kolonne stand, deren Spitze der transportierte, schwer verletzte Liebknecht bildete, und daß ihn dies getränkt habe. Ferner, daß er hoch geschossen habe, also Liebknecht vermutlich gar nicht getroffen habe. Bei dieser Darstellung blieb offen, ob nicht die andern, nämlich der Kapitänleutnant Horst v. Pflug-Hartung und die Offiziere Stiege, v. Ritzgen, Schulze, Heinz v. Pflug-Hartung und der Jäger Clemens Friedrich nach einem verabredeten Plan gehandelt haben.

Hierzu und zur Persönlichkeit Liepmanns kann ich ein eigenes Erlebnis anführen. Nach vorheriger telefonischer Verabredung kam am 29. Januar 1928 zu mir in Heidelberg ein mir bis dahin unbekannter Herr Liepmann, der sich als Dr. jur. einführte. Er interessierte sich für die Arbeit der Liga für Menschenrechte und sei nach Heidelberg gekommen, um mich und Prof. Kadbruch aufzusuchen. Zunächst schilderte er sein Leben, beginnend mit seiner Abstammung aus einer begüterten, jüdischen Familie aus Potsdam. Aus Patriotismus sei er Kriegsfreiwilliger, dann Offizier gewesen. Später sei er sogar Mitglied der Freikorps gewesen, stehe aber jetzt auf anderem Boden. Auf die Frage: „Bei welchem Freikorps?“ antwortete er: „Garde-Kavallerie-Schützen-Division“. Dort sei er auch zur Zeit des Liebknechtmordes als Offizier gewesen. Darauf ich: „Doch ich noch einmal um Ihren Namen bitten?“ „Liepmann.“ „Ich las ihm darauf aus meinem Buch „Vier Jahre Mord“ die ersten Abdrucke über Liebknecht vor:

„An einer Stelle, wo ein völlig unbeleuchteter Fußweg abging, erlitt das Auto angeblich eine Panne. Liebknecht, der durch die Schläge auf den Kopf noch ganz benommen war, wurde gefragt, ob er noch gehen könne. Zwei Leute stützten ihn rechts und links, zwei gingen vor und zwei hinter ihm. Alle mit entschärften Pistolen und Handgranaten bewaffnet. Nach wenigen Schritten wurde Liebknecht, angeblich weil er einen Fluchtversuch machte, erschossen.“

Ich fragte ihn, ob diese Darstellung richtig sei. Er antwortete melancholisch: „Der Satz „Zwei Leute stützten ihn rechts und links, zwei gingen vor und zwei hinter ihm“ stimmt nicht.“ „Wieso?“ „Es können nicht zwei vor ihm gegangen sein, dies hätte dem Zweck widersprochen.“

Dieses Satzes bin ich vollkommen sicher, während ich mich infolge der Länge der seither verstrichenen Zeit beim bisher Geschilderten zwar genau an den Inhalt, nicht aber an jede Einzelheit der Formulierung erinnern kann.

Wir saßen uns lange an. Er wußte als Jurist genau, was er damit gesagt hatte und wußte ebenso genau, daß ich es richtig verstanden hatte. Ich sagte ihm: „Sie sind wegen des Liebknechtmordes nicht bestraft worden.“ Er antwortete — und dieser Formulierung bin ich wieder vollkommen sicher —: „Sie wissen, es gibt andere Strafen als die des Gerichts.“ Mit müder Handbewegung fragte er mich, dem Sinne nach: „Was soll ich nun tun?“ Ich antwortete: „Sie sind nicht der erste Mörder, der hier so bei mir sitzt.“ Ich sagte dies, um ihn nochmals und ausdrücklich auf den Begriff des Mordes hinzuweisen. Er nahm auch dies hin. Ich sagte ihm dann, der Weg, den er zu gehen habe und der der einzige sei, welcher zur Reinigung führe, sei durch die Literatur und durch die Geschichte vollkommen klar festgelegt. Die einzige Sühne sei ein offenes Bekenntnis, unabhängig von allen Vorwürfen, die ihm von seinen Mitbürgern später gemacht werden könnten. Das Geständnis müsse in einer Form erfolgen, die eine gerichtliche Anklage möglich mache. Liepmann erhob keinen Widerspruch und stand langsam auf.

Später habe ich festgestellt, daß er sich tatsächlich, und zwar in sehr anspruchsvoller Weise auch an die Liga wegen Mitarbeit gewandt hat, doch hat er unter Berufung auf diese Unterredung seinen Vorstoß zurückgezogen.

Ich halte Liepmann für einen schwachen, von Gemütskräften zerquälten Menschen, der an schweren Depressionen leidet und sie durch Ueberforderungen des Selbstbewußtseins zu kompensieren sucht. Hierauf ist seine erste Auslage zurückzuführen. In einem solchen depressiven Zustand ist er zu mir gekommen. Meiner Meinung nach hätte jeder einigermaßen fähige Untersuchungsrichter, der den Liebknechtmord wirklich aufklären wollte, einen solchen schwankenden Menschen zu wahrheitsgetreuen Aussagen bringen müssen.

Staatsrat gegen Polizeikostengesetz.

Kassimische Ablehnung.

Der preussische Staatsrat hat in diesen Tagen das Polizeikostengesetz einstimmig verworfen. Nur der Begründung der Ablehnung stimmten die Kommunisten nicht zu. Folgendes Gutachten wurde beschlossen:

„Der Staatsrat hält den Entwurf für unannehmbar. Die Polizeikostenverteilung lediglich unter den Gemeinden mit kommunaler Polizeiverwaltung vor der Regelung des allgemeinen kommunalen Kostenausgleichs unterliegt den größten Bedenken. Dieser Kostenausgleich muß mit dem allgemeinen Finanzgleich verbunden werden. Die Polizeikostenlast der Gemeinden mit kommunaler Polizeiverwaltung ist vielfach überaus drückend und gegenüber den Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung unverhältnismäßig hoch geworden. Eine Neuverteilung der kommunalen Polizeikosten kann nicht ohne gleichzeitige Erleichterung der Polizeikosten für Gemeinden mit kommunaler Polizeiverwaltung erfolgen. Nachdem die Gemeindehaushaltspläne für 1929 festgesetzt sind, ist ohnehin für 1929 die beabsichtigte Regelung praktisch undurchführbar. Die Gründe des Entwurfs sind gegenüber diesen Erwägungen nicht zwingend.“

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs wurden besonders kritische Bemerkungen gemacht. Betont wurde u. a., daß zwar die Vereinheitlichung der Verkehrsregelung wünschenswert sei. Ein tiefer Eingriff in das materielle Recht der Wegeunterhaltung durch ein Polizeikostengesetz sei aber nicht zu vertreten.

Biblisches Legendenspiel.

Franz Werfel: Paulus unter den Juden.

Saufus, der zum Paulus wurde, Lieblingsjünger des Patriarchen Gamaliel. Selbsteinstellung des Judentums ab, um das Evangelium Jesu durch die Welt zu tragen. Das Evangelium des Ostentuzigen ist leichter zu begreifen und zu heiligen als die Thora des Rabbiners. Die Thora verlangt Tempelpomp und schwierigen Gebetsdienst. Das Evangelium mahnt nur, daß der Gläubige die messianischen Zeiten für wahr halte. Die Thora sagt: der Jude darf den Messias erhoffen, und er muß fromm sein, bis der Weltretter sich naht, doch vielleicht kommt der Messias niemals. Paulus sagt: seine Getreuen müssen fröhlich sein, weil der Messias schon zu ihnen niedergeflogen ist. Die Frömmigkeit der Juden bringt Fronarbeit mit dauernden Enttäuschungen. Die Frömmigkeit des Apostels Paulus bringt Freude mit unaufhörlichen Glückserfüllungen.

Werfel läßt den Judenpatriarchen Gamaliel am Veröhnungstag mit Paulus streiten. Gamaliel ist für das unermüdete Ringen um Gott, Paulus für das behagliche Genießen der göttlichen Gnade. Dann — so argumentiert Gamaliel, der Aristokrat des Tempels von Jerusalem — könnte ja jeder schwärmerische Fauspelz Gottes Diener heißen. Paulus entgegnet: Man verperrle dem Armen im Geist, dem Plebejer der Erde und der Einsat, nicht die Straße zur himmlischen Einsicht. Dann — so argumentiert Gamaliel weiter — soll Paulus wenigstens zugeben, daß Jesus nur ein Menschensohn war, der Liebe würdig wegen vieler Tugenden, doch nicht der Anbetung würdig wie Gott. Nein — wehrt Paulus ab —, Jesus ist Gottes Sohn seit Anbeginn, deshalb durchaus jeder Anbetung würdig. Dann — so schreit Gamaliel — ist der Jesusglaube Untergang aller Religion, ungezügelter Anarchie aller ungelehrten Eskaltiker, Zufallsfrömmigkeit ohne Ordnung und Gesetz. Paulus beschwichtigt: Jesusglauben ist frohe Lehre, auch für den schlechtesten Mann. Auch die Heiden werden die Jesuslehre lernen.

Die Frage wird nicht entschieden. Gamaliel und Paulus beschließen nur, sich veröhnlich voneinander zu trennen. Der Patriarch will für die Thora wirken. Paulus will wandern und predigen für Jesus. Aber der Patriarch ist bald hundert Jahre und Paulus ein rüstiger Mann. So stirbt der Patriarch, bevor ihm gelingt, was er wünscht. Die anderen Juden, die statt seiner das Wort vollen können, werden von dem römischen Statthalter verhöhnt. Im Judentempel stellen die Römer das Gözenbild des Caligula zur Schau. Es endet vorläufig der Kampf um den Gott der Juden und Christen mit dem Sieg des Heidengottes, der nichts anderes ist als ein Mensch, der die Kraft des Geistes und Herzens durch die Kraft der Kriegsmaschinen erseht.

In Werfels biblisches Legendenspiel geht es um hohe und abstrakte Dinge. Der Dichter scheut nicht vor der Diskussion zurück. Es

bleibt für das äußere Geschehen nur wenig Platz. Die Perspektiven, die sich dem Zuhörer eröffnen, sind interessant. Versucht wird auch, den Schöpfungsakt, der die beiden großen Religionsgedanken bringt, theatralisch plausibel zu machen. Zauberkolossus auf der Bühne, ein kleiner Revolutionsputz, Rastengemurmel und malerische Priesteraufzüge dienen als dramatische Behelfe, ohne ein Drama zu schaffen. Hauptsache bleibt das Spiel der Worte und Gedanken, das Werfel dichterisch erhebt, um es nicht selten zur bequemen Banalität hinunterklängen zu lassen.

Regie Karlheinz Martin, Dramaturgie des Regisseurs, der den schon an sich dunklen Text durch dicke Striche oft noch mehr verdunkelte. Was aber sollte er anderes tun? Die Theaterfrauen, die er manchmal ansieht, um das üppige Leben der Worte in Bewegungen der handelnden Personen umzuwandeln, nützen der inneren Beweglichkeit der Legende nicht. Es wurde Nebenächlich, etwa das pittoreske Aussehen eines Zelotens oder eine Dämonen-austreibung oder der Auftritt des römischen Statthalters, dem Rufsin-Gebärden und Hitler-Phrasen zugebacht sind, übertrieben. Das große Religionsgespräch zwischen dem Patriarchen der Juden und dem Apostel der Christen sollte nach der Idee des Dichters ein ganz innerliches Herausköpfen geheimster Inspirationen sein. Es war anzuhören, so wie Martin es den Künstlern gestattete, wie ein rhetorisches Duell zwischen zwei Hauptpostoren. Dabei sprach K a y l e r den Patriarchen und Ernst D e u t s c h den Apostel Paulus. Es fehlte beiden, dem Jungen und dem Alten, die religiöse Beseffenheit. Sie redeten nicht wie Propheten, sondern wie Aufklärer, nicht himmlisch, sondern akademisch aufeinander ein, auch viel zu laut, fathedermäßig. K a y l e r war Prediger, wo er Patriarch sein sollte, Deutsch war Techniker der Begeisterung — anstatt die Energie des tollkühnen Prophetentums zu sein. Kurt G e r r o n spielte den römischen Statthalter. Er macht aus einem Imperator voller Kaltblütigkeit einen Ausrufer der Schnoddrigkeit. Das amüsiert, doch es zerhämert den Stil der Legende, die soviel Realität nicht verträgt. Theodor L o o s ist eher ein Hohepriester der Klage als der königlichen Würde.

Der Bühnenmaler S c h ü t t e und der Bühnenmusiker P r i n g o h e i m erfüllen leichtere Aufgaben mit Geschicklichkeit. Orientalischer Tempelpomp und die monumentale Kleidung der priesterlichen Juden, all dieses phantastische Ornament der Frömmigkeit, war herrlich anzusehen. Und dort, wo die Klänge der Synagoge hörbar werden sollte, wiewieder Singang glühender Beterlehen und das barbarische Signal der Widerhörner, ergaube die noch uralten Motiven zusammengetragene Melodie wirklich das Ritual des jüdischen Heiligtums. Max Hochdorf.

100 Jahre Archäologisches Institut

Am 21. April vor 100 Jahren wurde das Archäologische Institut des Deutschen Reiches im Palazzo Caffarelli in Rom gegründet. Die Hundertjahrfeier des Instituts, des ältesten seiner Art, wurde mit einer Festfeier im Plenarsaal des Deutschen Reichstages am Sonntagabend eingeleitet. Aus einem Haufe von Vorberbaum und Blumen leuchteten die Büsten seiner Mitbegründer hervor: Wilhelm von Humboldt, Gerhard Winkelmann und Bunsen.

Die Festrede hielt der Präsident des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches, Professor Gerhard Rodenwaldt. Er führte aus: Das Institut verdankt seine Entstehung der Sehnsucht der nordischen Völker nach Ergänzung ihres Lebens durch die klassische Schönheit des Südens. Das Lebenswerk Winkelmanns bildete seine Voraussetzung; Goethe und Wilhelm von Humboldt haben mit förderndem Interesse bei der Gründung Pate gestanden und die ersten Jahre der Entwicklung begleitet. Entsprechend dem internationalen Charakter der klassischen Epoche wurde das Institut in Rom als internationale Organisation gegründet. Die Künstler des Klassizismus — an der Spitze Thorwaldsen, Schinkel und Rauch — standen zu der Gründung in hoher Beziehung.

Die neue Institution hatte die Aufgabe, die Wissenschaft aller Länder über neue Funde und Entdeckungen zu informieren und außerdem der Forschung durch systematische Sammlung und Veröffentlichung der schon vorhandenen Denkmäler das Material zu liefern. In einer glänzenden Darlegung führte Präsident Rodenwaldt dann die Festfeierklärung durch die hundert Jahre vergangener wissenschaftlicher Arbeit. Aus dem Institut der Anfänge ist in hundertjähriger Entwicklung über das Preussische Institut das Reichsinstitut geworden, dessen Aufgaben nun viel weiter reichen.

Die Grüße der Reichsregierung überbrachte Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der u. a. ausführte: „Wer unsere Kultur versteht und ganz sein eigen nennen will, der muß auch die Wurzeln kennen, aus denen sie erwachsen ist. Diese Wurzeln aufzuzeigen ist die hohe Aufgabe der archäologischen Wissenschaft. Wenn sie aus dem Schoß der Erde die Ueberreste stolzer Völker birgt und deutet, so läßt sie den Geist lebendig werden, der hinter diesen



Dingen steht, und lehrt uns, die seelischen und geistigen Kräfte verstehen, die über die unendliche Kette der Geschlechter hinweg auch in uns nachwirken. So pflegt sie ein großes Erbe, von dem alle Völker zehren. Jede gemeinsame Arbeit im Dienste der Wissenschaft aber ist Arbeit am Frieden.“

Ansprachen hielten weiter Kultusminister Becker, Vertreter auswärtiger Länder und Institute und das älteste Mitglied des Instituts, Prof. von Wilamowitz-Möllendorf.

Aus Anlaß der Feier hat sich eine Gesellschaft der Freunde des Instituts zur Förderung ihrer Aufgaben gebildet.

Im Zusammenhang mit der Jubelfeier wird ein Vortragsprogramm den gegenwärtigen Stand archäologischer Forschungsarbeit in der ganzen Welt verdeutlichen. Der äußere Höhepunkt dieser Tagung wird jedoch die Besichtigung des Pergamonmuseums sein, das für einen Tag die Pforten öffnet, um den Besuchern den kostbaren Schatz zu zeigen, den es in seiner großartigen Räumlichkeit für den Pergamonaltar. Der pergamonische Altar befindet sich seit 52 Jahren in Berlin und war innerhalb dieser langen Zeit nur fünf Jahre dem Publikum zugänglich. Der Altar wird noch für ein ganzes Jahr der Öffentlichkeit unzugänglich sein; aber es ist kein Zweifel, daß das vollendete Pergamonmuseum Volkssehenswürdigkeit werden wird.

Statistik über die deutschen Theaterbühnen.

Eine Rundfrage der Genossenschaft deutscher Bühnengewerbetreibender hat ergeben, daß in Deutschland zurzeit folgende Theaterunternehmungen betrieben werden: in staatlicher Regie 20 Theater, in städtischer Regie 39 Theater, auf Grund von Subventionen 2 Theater. Von Nachttheatern erhalten 24 städtische Subventionen. Privattheater gibt es in Berlin 30, im Reich 85. Wanderbühnen mit staatlichen und städtischen Subventionen bestehen zurzeit 25, 13 Bühnen sind geschlossen.

Der Dayton-Westminster-Chor in Berlin. In der Berliner Philharmonie gab am Sonntagabend der aus 60 Damen und Herren bestehende Dayton-Westminster-Chor aus dem Staate Ohio U.S.A., der auf seiner Europatournee zum erstenmal nach Berlin gekommen war, ein Konzert, das zu einem musikalischen und kulturpolitischen Ereignis wurde.

Monopolisierung der türkischen Presse. Der türkische Abgeordnete Jakob Kadri Bey erörtert in der Zeitung „Millet“ die Möglichkeit einer Monopolisierung der türkischen Presse durch den Staat; er meint, daß die Krisis der Presse, die durch die Einführung des lateinischen Alphabets und die wirtschaftliche Lage hervorgerufen sei, nur mit Hilfe des Staates überwunden werden könne. Wenn nicht Abhilfe geschaffen werde, so müsse die ganze Presse zugrunde gehen und das geistige Leben der Türkei werde schwer darunter leiden. Da die vier türkischen Morgen- und Abendblätter, die jetzt in Konstantinopel erscheinen, bereits sämtlich Organe der Regierung sind, so ist damit eigentlich die Monopolisierung schon durchgeführt.

Erweiterung der Leib-Kassellung. Die Leib-Kassellung in der Akademie der Künste ist durch eine Sammlung von Zeichnungen des Künstler aus dem Besitz der Berliner Nationalgalerie erweitert worden.

Freunde Carl Spittlers veranstalten am 23. April, abends 8 Uhr, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Friedrich-Schlegel-Str. 27, eine Carl-Spittler-Feier unter Mitwirkung von Gertraud Engelst, Georg Krüml, Gerhard S. Wehle, Dr. Gust. Swalt.

Von denen unser Leben abhängt . . .

Notwendige Bemerkungen zur Eröffnung der „Deutschen Ausstellung Gas und Wasser“

Zum erstenmal beteiligt sich die Arbeiterschaft der Gas- und Wasserwerke an einer großen Fachausstellung, wie es die „Deutsche Ausstellung Gas und Wasser, Berlin 1929“ unbefritten ist. Von der Tätigkeit der Gas- und Wasserwerksarbeiter ist der Öffentlichkeit nur wenig bekannt und aus der Leichtigkeit der Annahme schließt man gern auf den leichten Dienst, der mit der Produktion von Gas oder Förderung und Weiterleitung von Wasser beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Zu jeder Tages- und Nachtzeit, an Sonn- und Feiertagen muß Gas und Wasser sowohl für Haushaltungen als auch für Industrie und Gewerbe zur Verfügung stehen. Die Feuerhausarbeiter in den Gaswerken und die in Pumpenwerken beschäftigten Maschinenisten und Heizer sowie die Rohrnetzwachen arbeiten in Wechsel- schicht, und besonders in kleineren Betrieben muß der einzelne zu jeder Tages- und Nachtzeit einspringen. Fehlt an einer wichtigen Stelle, sei es im Betriebe oder bei Rohrbrüchen, ein Mann, so bleibt nichts anderes übrig als die Arbeit solange zu übernehmen, bis Abhörung erfolgt. Es darf eben nicht vorkommen, daß ein lebens- wichtiger Betrieb verfaßt. Aus diesen Gründen sind vielfach auch Dienstwohnungen vorhanden, deren Bewohner sich in fast ständiger Dienstbereitschaft befinden.

Die kaiserliche, die schreckliche Zeit.

Über 80 Proz. der Gas- und Wasserwerke sind im Besitz der Städte und Gemeinden. Beschäftigten die Städte in der Vorkriegs- zeit aus Gründen vorübergehender Armenpflege vielfach nicht voll Arbeitsfähige, so war dieses in den Gas- und Wasserwerken nicht möglich. Die Tätigkeit des Gasarbeiters gehört mit zu den schwersten, gefährlichsten und ungesundesten Arbeiten. Nur absolut gesunde Menschen, die nebenbei auch nicht die ungesundesten sein dürfen, eignen sich für diesen Beruf. Trotzdem war bis zur Staatsumwälzung 1918 in diesen Betrieben die zehnstündige tägliche Arbeitszeit und für Wechsel- schichtler die Doppelschicht (12 Stunden) mit weni- gen Ausnahmen üblich. Besonders die Feuerhausarbeiter mit ihrer lebensgefährlichen Tätigkeit haben unter der langen Arbeits- zeit furchtbar gelitten. Dasselbe trifft zu für die im Mittelpunkt der Wasserbereitstellung beschäftigten Maschinenisten und Heizer in den Pumpenwerken. Dieselben arbeiteten durchweg in 12stündiger Schicht und sieben Schichten in der Woche. Achtzehn- bis vierund- zwanzigstündige Arbeitszeit beim Schichtwechsel gab den Gas- und Wasserwerksarbeitern keinen Sonn- und Feiertag mehr. Von der Nachtschicht kommend, wurden noch heute in den ärmlichen Wohnungen die durchschwitzten Betten aufgesucht, in denen des Nachts schon Familienangehörige geschlafen haben. Besonders bei den Gasarbeitern lag die Krankheitsziffer ständig hoch über der Durchschnittsrate. Trotzdem waren die Städte als Be- sitzer der Werke nur schwer zu bewegen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen und die Arbeiterschaft der Gas- und Wasserwerke war nicht stark genug, sich eine kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen.

Von gleicher Bedeutung wie die Arbeitszeitfrage war die Lohn- regelung. Bis in den vier Jahren wurde den Gas- und Wasser- werksarbeitern die Höhe ihres Lohnes nach der „Leistungsfähig- keit“ und den „Verhältnissen des Arbeitsmarktes“ bemessen. Die Lohnfestsetzungen erfolgten von Fall zu Fall ohne einheitliche Ge- sichtspunkte oder Lohnstabellen. Hierbei spielte das willkürliche Er- messen des für die Lohnfestsetzung maßgebenden Vorgesetzten eine entscheidende Rolle. Um die Jahrhundertwende sind dann für die in Gas- und Wasserwerken Beschäftigten Lohnstabellen ein- geführt worden, die die Lohnfestsetzung in die Gemeindeparlamente und Magistratsrat verlegten. In der Zwischenzeit hatte die Arbeiter- schaft, trotz des Dreiklassenwahlrechts, in den Gemeindeparlamenten eine, wenn auch bescheidene, Vertretung gefunden. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Gemeindefraktionen wurden Lohnstabellen festgelegt, wobei die Höchsthöhe in der Regel nach zehn- bis zwölfjähriger Dienstzeit erreicht wurden. In einer Reihe von Städten wurden an Verbeiratete höhere Löhne gezahlt als an Ledige. In anderen Städten wurden neben dem Lohn Familienzulagen und Mietszuschüsse gewährt.

Hatte schon die Einführung von Lohnstabellen mit bestimmten Lohnsteigerungen mit Zunahme der Dienstjahre und dann die Ein- führung eines Mindestlohnes erfreulicherweise mit der Lohnhöhe nach der angeblichen individuellen Leistungsfähigkeit des Arbeiters gedrohen, so geschah dies in noch stärkerem Maße dort, wo Familien- zulagen und Mietszuschüsse eingeführt wurden. Um die soziale Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen wurde jahrzehntelang gekämpft. Von den tausenden größeren Städten und Gemeinden waren es nur wenige, die ihren Arbeitern Sommerurlaub, Bezahlung der Wochenfeiertage, Hinterbliebenen- versicherung usw. gewährten. Der Urlaub betrug selten mehr als eine Woche und war häufig nur ein bis drei Tage lang. Der Bildung von Arbeiterausschüssen wurde von den Betriebsleitungen der größte Widerstand entgegengekehrt. Wo aber Arbeiterausschüsse gewählt waren, wurde gleichzeitig eine Bestimmung erlassen, wonach Ver- handlungen nur stattfanden, wenn die Verwaltungs- direktoren ihre Einberufung für erforderlich hielten.

Das Koalitionsrecht — ein Fehlen Papier

Jede freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt. Das Koalitionsrecht in diesen Betrieben stand nur auf dem Papier. Der Anschluß an eine freie Gewerkschaft war vielfach gleich- bedeutend mit Prososmache. So blieb es z. B. in der Arbeitsordnung der Stadt Zittau:

„Wer Mitarbeiter zur Erzwingung höherer Löhne aufreißt, einem Verbands angehört, der Streikbewegungen fördert, oder Angestellte zum Eintritt in einen solchen Ver- band veranlaßt, wird die Stellung gefährdet. Unter Umständen erfolgt die sofortige Entlassung.“

In einer vom Direktorium der Altonaer Gas- und Wasserwerke einberufenen Betriebsversammlung im Jahre 1898 wurde den Arbeitern folgende Mitteilung gegeben:

„Am Auftrage der Gas- und Wasserwerke und des Herrn Oberbürgermeisters hoffen wir, daß keiner der städtischen Arbeiter dem Verbands der Gas- und Wasserwerks- arbeiter beitrifft, und da ich gehört habe, daß von meinen Arbeitern bereits einige dem Verbands angehören, fordere ich sie auf, bis zum ersten Juni aus demselben auszutreten. Wer dies nicht getan hat, wird entlassen.“

Daß man bei dieser Einstellung es ablehnte, mit den gewert- schaftlichen Organisationen der Arbeiter zu verhandeln, versteht sich am Rande. Der Abschluß von Tarifverträgen wurde aus gleichen Gründen abgelehnt. Vier Tarifverträge für sieben Gaswerke und ein Tarifvertrag für ein Wasserwerk für insgesamt 1500 Beschäftigte war das bescheidene Resultat jahrzehntelanger, zäher, gewerkschaft- licher Arbeit. Die sich auf das Dreiklassenwahlrecht stützenden Ge- meindeverwaltungen der Vorkriegszeit waren eben strikte Gegner von Tarifverträgen, und die Organisationen der Arbeiter waren noch zu schwach, um sich Tarifverträge zu erzwingen.

Und heute . . .

Diese kurze Schilderung der Vorkriegsverhältnisse war not- wendig, um zu verstehen, wie es kam, daß nach dem Zusammen- bruch 1918 die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke zum Teil recht stürmisch eine Verbesserung ihrer Lebenslage verlangten. Durch Verordnung vom 23. November 1918 wurde das Tarifrecht eingeführt. Durch Abkommen vom 15. Novem- ber 1918 zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeit- nehmer wurden die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiter und die unbeschränkte Koalitionsfreiheit der Arbeiter an- erkannt. Die Reichsregierung ordnete an, diese Bestimmungen auch in den Reichsbetrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wurde das gleiche empfohlen.

Damit war der Weg frei für die Schaffung von Tarifverträgen auch bei den Gemeinden und damit für die Gas- und Wasserwerke. Sind doch über 80 Proz. aller Gas- und Wasserwerke kommunale Betriebe. Da auf Seiten der Arbeitgeber keine kommunale Arbeit- geberorganisation als Tarifvertragspartei bestand, wurde am 3. Fe- bruar 1919 zwischen einem vom Vorstand des Deutschen Städte- tages ernannten Ausschuss und dem Hauptvorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Richtlinien über Tarifverträge zwischen Stadtgemeinden und städtischen Arbeitern und Grundzüge über Errichtung eines gemeindlichen Zentralaus-

schusses vereinbart. Diese Vereinbarung war die Grundlage für den kommenden Reichsmanteltarifvertrag, der am 1. Juni 1920 für die gemeindlichen Betriebe und Verwaltungen abgeschlossen wurde. Der Träger dieses Vertrages ist für die Arbeitgeber der Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinden und Kommunal- verbände, Sitz Berlin. Auf Arbeitnehmerseite zeichnete als größte Organisation der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sitz Berlin, und für die christlichen Gewerkschaften der Zentralverband der Gemeindefreier und Straßenbahner Deutschlands, Sitz Köln (jetzt: Zentralverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, Sitz Köln). Neben diesem Reichstarif sind von den Bezirksorganisationen Bezirkstarife abgeschlossen worden.

An wichtigen sozialen Leistungen des Vertrages seien hier er- wähnt, daß der Lohn weitergezahlt wird, wenn der Ar- beiter ohne sein Verschulden an der Arbeit verhindert ist, und zwar für die Dauer von ein bis vier Tagen. Für ausgefallene Arbeits- stunden an Wochenfeiertagen wird der Lohn weitergezahlt. Die Dauer des Urlaubs beträgt je nach Dienstjahren vier bis fünfzehn Kalendertage und bei Krankheitsfällen wird je nach Länge der Beschäftigungsdauer der Lohn mit 90 Proz. fortgezahlt, und zwar für die Dauer von 6 bis 26 Wochen. Kinder- und Hausstandsgeld wird fast allen ohne Ausnahme gewährt, und von privaten Gas- und Wasserwerken abgesehen, besteht heute für fast alle Gas- und Wasserwerksarbeiter eine Ruhelohn- und Hinter- bliebenenversorgung.

Von besonderer Bedeutung ist die im Vertrage vorgesehene Einrichtung von Schiedsstellen über Schlichtung und Streitig- keiten. Die Schiedsstellen haben zweifellos mit dazu beigetragen, daß kommunale Werte bis auf einzelne Ausnahmen von Streiks und Aussperrungen verschont blieben. Die Befugung der Schiedsstellen durch Mitglieder der vertragschließenden Organisationen ist richtig und bedingt durch die Eigenart des Arbeitsvertrages in öffentlichen Betrieben. Aus Zweckmäßigkeitsgründen geboren, hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, daß der Gedanke der zentralen Regelung der Arbeiterverhältnisse richtig ist. Josef Dröpp.

Das Geheimnis des Doberg.

Herb und eintönig ist die westfälische Ebene im Vorküh- lung. In den kleinen Gehölzen und Waldungen liegt das ver- moderte Laub des vergangenen Herbstes und die lahmen Felder verstärken noch die schwer- mühtige Stimmung der Land- schaft. Nur wenn die Strahlen der Sonne durch die Wolken brechen, verändert sie sich. Alles Eintönige, Farblose ist ver- schwunden, und das ganze Land leuchtet plötzlich von innen heraus wie das auf Gold- grund gemalte Bild eines alten Meisters.



In alten Wasserburgen, an geheimnisvollen Wehern und verträumten Friedhöfen führt der Weg vorüber. Schon neigt sich der Tag dem Ende zu. Die Sonne sinkt tief und Nebel steigen. Aus den Tälern tönt der dumpfe Ruf der Unten. Nur durch ihre hellere Färbung hebt sich die Landstraße noch von Feldern und Weideläusen ab.

Der Weg führt in die Nacht hinein. Noch sind keine Anzeichen einer größeren Siedlung, in der man die Nacht verbringen könnte, zu sehen. Erdlos ist die Ebene. Aber da, unmittelbar vor uns, steigt plötzlich eine riesenhafte Wand auf. Bis in den Himmel scheint sie zu ragen. Ist es Nebel? Ist es der Dunst, der unaufhörlich



aus den nassen Wiesen steigt? Oder ist es eine Täuschung der über- müdeten Sinnesnerven? Nein, es ist Wirklichkeit, so unerklärlich und schreckhaft sie auch anmutet. Es scheint eine ungeheure Fels- wand zu sein, die sich plötzlich hier aufrichtet. Aber wie kommen diese riesenhafte Massen mitten hinein in die westfälische Ebene? Nun stehen wir so nahe vor der geheimnisvollen Wand, daß wir sie mit den Händen berühren können. Langsam tasten wir uns an dem harten kalten Gestein entlang. Im gleichen Augenblick tritt der Mond aus den Wolken, und nun sehen wir, wo wir uns be- finden. Wir stehen am Eingang einer bizarr geformten Schlucht, die in gähnendes Dunkel übergeht. Bist Staunen und Erwartung gehen wir hinein, um endlich die Aufklärung des rätselhaften An- blicks zu finden. Aber immer geheimnisvoller immer unwirklicher wird die Umgebung. Kein Schritt löst mehr auf dem weichen Boden, kein Laut ist vernehmbar, wie ein Reich des Todes ist das seltsame Land, in das wir uns verirrt haben. Alte westfälische Sagen kommen uns in den Sinn. Sie erzählen von Menschen, die plötzlich in unbekannte Gegenden versetzt wurden und erst nach

tagelangen Wanderungen die Heimat wiederfanden. Könnte das hier nicht ein amerikanischer Canon sein? Sind es die Vogelberge Islands oder die Wollfoc Norwegens? Und was ist hier drüben für ein seltsamer Vorsprung, auf dem der volle Schein des Mondes liegt? Ein riesenhafte Antlitz sieht uns drohend an. Daneben ein Röhrentopf mit ungeheurer Mähne und zum Sprung geducktem Körper. Alles scheint lebendig zu werden, überall Fragen von Menschen und Tieren, verzerrt, zerfurcht, wild und gepenstlich. Da — mit einem Male, so unermittelt und überraschend, wie der Spul begonnen hatte, ist er verschwunden. Vor uns liegt wieder die vertraute Ebene und in der Ferne schimmern Lichter, freund- liche Boten menschlicher Wohnungen. Ist es Wirklichkeit, was wir erlebt haben? Steil und riesenhaft droht die Schlucht hinter uns, bis das Dunkel der Nacht sie verschlingt.

Die alte westfälische Bäuerin, die uns gastlich aufgenommen hat, sieht schweigend vor sich hin, als wir ihr unser Erlebnis er- zählen. Endlich sagt sie langsam: „Se wern in Doberg wesen — un dor is nachts nich geheuer.“

Am nächsten Morgen gilt unser erster Gang dem „Doberg“, von dem unsere Wirtin uns erst widerstrebend, dann immer ge- sprächiger werdend, so manche seltsame Geschichte erzählt hatte. Schon von weitem können wir seine Umrisse erkennen. Aber wie verändert ist das Bild im hellen Strahl der Morgen Sonne. Alle Schrecknisse sind verschwunden. Die Schlucht allerdings zeigt auch jetzt noch seltsame Figuren und Köpfe, aber sie sind tot, in lebloses Gestein gebannt. Unterhalb des schroff emporragenden Gipfels dehnt sich eine fremdbliche, grüne Weideläche, und auf den Abhängen blüht im Sommer dunkelrotes Heidekraut. Und doch ist auch jetzt der Anblick wunderbar genug. In den Schichtungen des Sand- steins liegen versteinerte Muscheln und Blätter, Farrenkräuter und Schachtelhalm. Ihre feinen, zarten Verzweigungen sind so klar zu erkennen, als seien sie von dem Stiff eines geschliffenen Kupferstiebers in den Stein geritzt worden. Es sind Reste einer früheren Epoche der Erde, als hier noch Meer war, das seltsame Tiere, ausgestorbene Pflanzenarten belebt hatten. Als ein letztes, ungeheures Ueber- bleibsel ragt heute noch der Doberg in die stille, westfälische Landschaft.

Schon hat nächtlicher Profit seine Hand nach ihm ausgestreckt. Sandgruben sind angelegt und ein großer Teil des Berges ist be- reits abgetragen und zu Bauwecken verwendet worden. Aber die geheimnisvolle Schlucht mit ihren Ueberresten aus der Urgeochichte der Erde wird erhalten bleiben, bis — ja, bis eines Tages Sturm und Regen, Vereisung und Laumetter den Sieg davontragen werden und der letzte Abhang zusammengestürzt und zerbrockelt ist.

Vielleicht wird sein Name als Bezeichnung einer Flur- grenze oder einer Straße weiter- leben, vielleicht werden alte Er- zählungen, die sich an ihn knüpfen, sich noch eine Zeitlang im Volksmund erhalten. Viel- leicht wird man noch Jahr- hunderte später in alten Büchern von einem seltsamen, geheim- nisvollen Berg lesen können, der Zeugen aus fernster Ver- gangenheit in seinem Innern barg. Der Doberg selbst aber wird dann längst das Schicksal alles Lebens geteilt haben, er wird verweht und vergangen sein und keine Spur wird zu den neuen Entwicklungsformen führen, die seine zerbrockelten Erdmassen angenommen haben.



Dr. Eise Möbus.

Pioniere im Westen

Aus den Aufzeichnungen
des Tischlergesellen Willibald Seemann

(10. Fortsetzung.)

Am Sonntag zogen wir wieder mit Musik nach Kirchhain. Unsere ganze Kompagnie folgte nach. Die Kameraden von der Infanterie, die zum Teil an dem Zusammenstoß beteiligt waren, lobten uns sehr. Die Geschichte hatte sich inzwischen herumgesprochen und wir waren in den Augen aller Kameraden, die in Sierenz und in Kirchhain lagen, angefeindet.

Unser Papa kam oft des Abends in unsere Bude. Er polterte mit Hasso herauf. Das erste, was er rief, war:

„Kinder, wer puht mir die Stiefel?“
Alle schrien: „Ich... ich... ich...!“ und jeder sprang mit seiner Bürste bewaffnet hinzu und bearbeitete seine Stiefel, während er Witze und Neuigkeiten erzählte. An die Stiefelputzen hatte Papa sein Eisernes Kreuz genäht.

Das bemerkte der Feldwebel, als er revidierte. Er sah erst Papa lange an und sagte dann: „Nach das Band vom Stiefelputzen ab, Vater.“

„Das bleibt dran!“ lachte Papa.
„Man kann doch eine Auszeichnung nicht an die Stiefelbänder nähen!“

„Du siehst doch, Feldwebel, man kann es.“
„Das ist eine Verächtlichmachung der Auszeichnung!“

„Weiter sind die Dinger auch nichts wert!“
„Aber was sollen die Mannschaften davon halten?“
„Jeder Lausjunge kann sie tragen.“
„Es ist eine Anerkennung!“

„Quatsch! Beim Leutnant gehört das Ding zur Uniform; die Soldaten müssen sich's durch's A... lecken bei den Vorgeführten verdienen. Wer glaubt noch an den Klimbim im zweiten Kriegsjahr? Ich nicht mehr und die im Felde waren auch nicht. Geh ab, Feldwebel!“

„Du hast es doch auch, Unteroffizier Vater?“
„Wenn schon! Bei mir hängt am linken Stiefel das Kreuz und am rechten das Band. Da vertauschen wenigstens die Jungens meine Stiefel beim Stiefelputzen nicht mit denen der anderen Korporale.“

„Ich werde dem Kompagnieführer Meldung machen!“
„Reinetwegen gleich dem Kaiser, du... äh... äh... Herr Feldwebel.“
Der Feldwebel warf die Tür hinter sich ins Schloß.

Drei Tage, bevor wir aus Sierenz ausrückten, kam eines Abends Papa zu uns herauf und sagte: „Kinder, wer will von euch Wache schäben? Ich muß heute abend die Küchenwache stellen.“

Wir meldeten uns alle.
„Stellt euch mal der Reihe nach hin, ich zähle ab. Auszucken gibt es bei mir nicht.“

Ich war der dritte Mann.
Die Wache fing abends an und ging bis zum anderen Vormittag. Der übrige Tag war dann dienstfrei.

Um neun Uhr zog ich auf Wache. Wenn man vorn am Gitter des Straßenzweiges stand, konnte man alles übersehen, ohne gesehen zu werden. Es war sehr still, die Lichter in den Häusern gelöscht und die Leute schliefen zu schlafen.

Da kam der Küchenunteroffizier angelaufen, schloß seinen Vorratsraum auf und machte Licht. Ich sah überall auf den Borden Weißbrot, Butterklumpen und eine Reihe schöner Schokoladen. Ich, wie mein Herz lachte beim Anblick der lederen Dinge, von denen wir sonst nie etwas zu sehen bekamen. Es war eine große Augenweide für mich. Und noch mehr Augenweide, als ich sah, wie der Unteroffizier die feinsten, dicksten Würste durchschnitt, sie auf einen sauberen Teller legte und auf einen zweiten Teller mindestens dreiviertel Pfund Butter tat, beide Teller gut zubedeckt und fortstellte. Ich sah, daß er in ein Zirkelhaus lief, von dem man munkelte, daß sich keine Grifetten darin verborgen halten.

Eine Viertelstunde vor zwölf, kurz vor meiner Ablösung, kam der Unteroffizier mit dem leeren Teller zurück. Der Feldwebel folgte ihm. Der Küchenunteroffizier stellte die Teller wieder in den Vorratsraum und schloß zu. Da trat ich vor und machte Meldung, was ich gar nicht nötig hatte.

„Ist gut!“ sagte der Spieß mit unsicherer Stimme, und beide verschwanden eiligst.

Ich lachte ihnen laut und gelbend nach.
Am anderen Tage erhielt die Kompagnie Wurst zum Abendbrot.

Endlich war das Arresthaus für einen unserer Unteroffiziere frei geworden. Er wurde also eingesperrt.

Wenn wir zu den Werfern marschierten, kamen wir vorbei. Dann rief Papa:

„Minenwerferzug 234. Hohio... hohio...!“
Und die Kompagnie fiel wie aus einem Rinde ein: „Minenwerferkompagnie 219. Hohio... hohio... hohio... hohio...!“

„Hohio... hohio... hohio... hohio... es ist sehr schön hier oben. Hohio... hohio... hohio...!“ schallte es aus dem Arresthaus zurück.

Das machte uns Spaß, und wir brüllten aus Heibesträften jedesmal, wenn wir vorbeimarschierten.
Das war das letzte Erlebnis in Sierenz.

Han-les-Zuinie.

Am Abend war alles verladen, und der Zug fuhr von Sierenz ab. Wir saßen in Güterwagen, worin Bänke standen. Für die Offiziere und Unteroffiziere war in der Mitte ein Personenwagen eingestell. Die eine Tür unseres Güterwagens ging nicht zuzuschließen, da sie defekt war. Es war feuchtkalt, und dazu fiel ein feiner Regen. Langsam fuhr der Zug, man konnte fast nebenher laufen. Der Wagen stieß sehr heftig und wenn eine Kurve kam, quetschte er ohrenbetäubend. Ratter Wind blies den Regen hinein in den Wagen. Wir saßen dreißig Mann darin und die anfängliche Luftigkeit wich bald bitterer Traurigkeit.

Allmählich kamen wir nach Diedenhofen, und auf meinen Knien lagen zwei junge Häupter, die den festigen Schlaf schliefen. Zu meinen Füßen lag Valentin und Schnardte.

Ich war etwas wärmer geworden und konnte denken. Da dachte ich an mein armseliges Leben, das von früher Jugend an sehr traurig war. Dachte daran, daß schon in meiner Kindheit die Not an mich herantrat und sich mein soziales Empfinden früh einstellte.

Ein unheimliches Gefühl beschlich mich, wie alles enden würde. Damals, als ich vor Ipern stand, glaubte ich, in dieser Zeit könne der Krieg vorüber sein. Nun fuhr ich wieder an die Front. Das erstemal war es mit mir gut gegangen, aber nun...?

Der Morgen kam sehr herauf. In der Luft hingen Regenwolken. Ach, wie war das Band trostlos, und doch sah ich schon die Sträucher Blättchen treiben, und manchmal kam das „Tüt, tüt“ eines einsam dahinstreifenden Vogels an mein Ohr.

In der zehnten Morgenstunde hielt der Zug. Wir waren am Ort unserer Bestimmung. Montmedy hieß das Städtchen, und es waren viele Truppen in den kleinen Strohen.

Wir tranken heißen Kaffee und entluden Pferde, Werfer und die Bagagewagen. Schon kam das Donnern der Front näher.

Am Nachmittag brach die Kompagnie nach dem neuen Quartier auf. Wir marschierten auf einer nassen, gefahrenen Chaussee dahin und kamen gegen Abend in Han-les-Zuinie, einem Dörfchen etwa sechzig Kilometer hinter der Front, an. Die Häuser waren von Zivil bewohnt. Wir fanden eine halbe Stunde auf dem Anger. Dann kam der Feldwebel zurück. Er hatte keine Quartiere gefunden und befahl uns, nun selbst welche zu suchen.

Wo wir hintamen, winkten die Franzosen ab. Etlliche Häuser, die freistanden, waren bald überfüllt. Wir Älteren standen schließlich allein auf dem Platz mit den Sanitätsmannschaften. Die Offiziere und der Feldwebel waren verschwunden. Schließlich tamen wir auf dem Heuboden eines Kuhstalls unter.

In den nächsten Tagen wurde wenig egerziert, aber desto mehr gespielt. Das Spielen war hier Dienst. Wir hatten viel freie Zeit, wenn auch Appelle mit allen möglichen Ausrüstungsstücken waren.

Am zweiten Tage unseres Aufenthalts erlebten wir alle ein Schauspiel, das heißt, wir machten eine Strafe zur Väterlichkeit. Unser Papa und ein anderer Unteroffizier sollten endlich ihre Strafe abstricken. Da nun in Han-les-Zuinie kein Arresthaus war, befahl der Leutnant, die Unteroffiziere je zwei Stunden an das

Rad eines schweren Minenwerfers anzubinden. Papa meßte sich sofort zur Bestrafung.

Wir nahmen ein Brett mit und legten es auf die Wagenachse. Darauf setzte sich Papa. Dann wurden Pionierstricke herbeigeholt und Papa festgebunden. Das geschah von mir so, daß er sehr bequem sitzen konnte. Darauf holten wir einen Tisch herbei und seine lange Pfeife.

Zwei Unteroffiziere setzten sich zu Papa an den Tisch, und dann wurde ein echter deutscher Stuhl gedroschen. Ich stand mit einem Fißbus bereit, Papa die Pfeife anzuzünden, wenn sie in der Hitze des Spiels ausgegangen war. Die ganze Kompagnie, selbst die Feldwebellieutenants, standen dabei und lachten Scherzworte flogen herüber und hinüber. Dazu war warmer Frühlingssonnenschein, denn hier zog schon mächtig der Frühling ins Land.

So verging eine halbe Stunde. Da kam der Leutnant vorbei und sah sich die Ausführung der Strafe an. Er geriet in Wut und schrie:

„Unteroffizier Vater, heißt das eine Strafe abstricken?“
„Natürlich, Herr Kompagnieführer, ich sitze schon, und zwar auf einem Rade!“

„Sie untergraben die Disziplin!“

„Ich übe ja Disziplin, Herr Leutnant, indem ich mich als erster gemeldet habe. Es ist heute gerade schönes Wetter. Sehr geeignet.“

„Ungehört, wie meine Befehle ausgeführt werden!“

„So werden Ihre Befehle ausgeführt, Herr Leutnant!“ antwortete Papa sehr höflich und drohte seinen Stuhl weiter.

Die spielenden Unteroffiziere lachten.

„Binden Sie den Unteroffizier ab!“ herrschte der Leutnant mich an.

Ich tat es sehr humoristisch.

„Was machst du denn da, du Lausjunge?“ schrie Papa, als habe er des Leutnants Worte nicht gehört.

„Papa, ich soll dich abbinden!“

„Warum denn? Ich muß doch meine zwei Stunden herunterreißen! Binde mich gefälligst wieder fest, mein Vieber, auf einer Wagenachse kann man nur angebunden sitzen!“

Der Leutnant wurde bleich vor Wut. Hinter ihm lachte die ganze Kompagnie.

„Unteroffizier Vater, Unteroffizier H., Ihre Strafen sind erlassen!“

„Herr Leutnant sind zu gütig, das können wir gar nicht verlangen. Es sitzt sich sehr gut angebunden auf dem Rade.“ Und Papa lächelte fein.

Wir lachten alle sehr, hoben unser Papachen auf die Schultern und trugen ihn hurrahschreiend vor dem Quartier der Feldwebels und des Kompagnieführers auf und ab. Die Zivilbewohner liefen zusammen.

„Was ist denn los, Unteroffizier Vater?“ fragte der Spieß.

„Hurra, hurra! Die Strafe ist mir erlassen!“

Papachen brüllte, brüllte und wir mit. Wir gerieten in einen zynischen Laumel, trugen Papachen auf den Straßen herum und riefen: „Hoch lebe unser Papachen, hoch, hoch!“ (Fortf. folgt.)

WAS DER TAG BRINGT.

Volkstheaterbewegung in Norwegen.

In Oslo hat sich ein Ausschuss gegründet, der unter der Bezeichnung „Das Volkstheater“ die Schaffung einer Besucherorganisation mit einem eigenen Theaterunternehmen anstrebt. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß in nächster Zeit an die Verwirklichung der Pläne herangegangen werden kann. Wie wir einem Osloer Bericht der Zeitschrift „Die Volksbühne“ entnehmen, ist außerdem geplant, im Aufhänger oder durch Schaffung einer Wanderbühne theaterlose Orte der näheren und weiteren Umgebung Oslos mit guten Theateraufführungen zu versorgen. „Das Volkstheater“ wird seine Arbeiten auf Grund der reichen Erfahrungen, die innerhalb der deutschen Volkstheaterbewegung gesammelt worden sind, aufbauen. Eine Volkstheaterorganisation ist auch in Bergen in der Entwicklung begriffen. Die junge Organisation zählt bereits über 3000 Mitglieder und ist seit einigen Monaten tätig. Dem deutschen Vorbild getreu, werden ganze oder halbe Vorstellungen am Bergener Theater abgenommen und zum Einheitspreis an die Angehörigen der Organisation abgegeben. Die Träger der Organisation planen einen weiteren energischen Ausbau ihrer Einrichtung; außerdem beabsichtigen sie die Schaffung einer Wanderbühne, die, wenn irgend möglich, schon mit Beginn der nächsten Spielzeit theaterlose Städte Norwegens bespielen soll.

Vogelnester in Kanonen.

Dem friedlichsten und schönsten Zweck, dem Kanonen gewidmet sein können, dienen die Geschütze, die auf dem Schlachtfeld von Gettysburg in Pennsylvania aufgestellt sind. Wie ein Besucher, Merrill Wood, in einer Zeitschrift berichtet, hat er die 92 Kanonen untersucht, die sich dort zur Erinnerung an die Schlacht befinden. Von

den 88 Messingkanonen waren 55 von Bögen für ihre Rester benutzt worden, und von den 34 Eisenkanonen hatten Bögel in 32 ihr Helm aufgeschlagen. Als er zu einer Sechszollkanone kam, flog ein Fliegenschnapper heraus, und er fand dort ein Nest mit vier Eiern ganz nahe am Eingang der Röhre, während die übrigen Rester fast sämtlich tiefer im Innern angelegt waren, so daß man mit der Hand nicht hingu konnte. In einer Großkaliberkanone mußten wohl Eulen gehöhlt haben, denn es lag dort noch das Gemölle und das rechte Schulterblatt einer Fledermaus. Ein Jauntönig hatte sich in einer Kleinkaliberkanone ein Nest aus kleinen Zweigen angelegt. In fünf Kanonen wohnten Stare, und in zwei waren Junge. In einer Kanone hausten Bienen, in einer anderen Wespen; ein Eichhörnchen hatte sich in einem Rohr eine Vorratskammer errichtet. Trotz den Tausenden, die das Schlachtfeld besuchen, scheinen die Bögel in den alten Kanonen ruhig und sicher zu wohnen. Was können die Menschen angeht dieser Tatsachen von den Vögeln lernen?

Komödie um ein Papstbild.

Beuthen in Oberschlesien ist eine gut-katholische Stadt. Beuthen in Oberschlesien wollte auch der Mittelzeit zeigen, was für eine gut-katholische Stadt sie sei und ließ sich durch den ober-schlesischen Kunstmaler Karl Wittel ein Papstbild machen. Nach Wittels Rückkehr aus Italien gab es großen Lam-Lam, Lobeshymnen auf Wittel wurden gesungen, das Bild priesterlich geweiht, Reproduktionen wurden angefertigt, aber es wurde doch nicht so ein rechtes Geschäft. Als Wittel das Bild bezahlte haben wollte, versuchte man sich zu drücken. Eines Tages ging Wittel mit einigen Arbeitern in die Beuthener Gemäldegalerie und ließ das Bild in seine Wohnung zurückschaffen. Darob großes Entsetzen beim Beuthener Magistrat, schließlich wandte man sich an die Staatsanwaltschaft und erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen Wittel. Schnurstracks zog der Gerichtsvollzieher vor Wittels Wohnung, da er nicht anwesend war, wurde die Tür kurzerhand erbrochen und das Bild herausgeholt. Am nächsten Tage prangten in der ober-schlesischen Presse Inzitate des Beuthener Magistrats, daß die Gemäldegalerie wieder eröffnet sei. Noch immer ist der Streit um das Papstbild nicht beendet. Wittel beansprucht noch circa 7000 Mark, der Beuthener Magistrat weigert sich, diesen Betrag, der ihm von privater Seite zur Bezahlung des Bildes zur Verfügung gestellt wurde, an den Kunstmaler auszusahlen. Als vorläufiger Schlichter der Komödie kommt die Nachricht, daß Wittel seinen Kirchenaustritt erklärt hat.

Ein pommersches Heimatmuseum.

Der preußische Fiskus hat das Herzogschloß in Rügenwalde, eines der schönsten Baudenkmäler des 13. Jahrhunderts, dem Kreis Schlawe mit der Bestimmung übergeben, das Gebäude in ein pommersches Heimatmuseum umzuwandeln.

Bourdet,

der französische Komödiant, der in Deutschland durch seine Komödien „Gefangene“ und „Soeben erschienen“ bekannt geworden ist, verkehrte einst mit einer jungen Dame der besten Pariser Gesellschaft.

Eines Tages gestand er ihr:

„Mein Fräulein, ich könnte Sie lieben! Fragen Sie Ihr Herz, ob ich auf Gegenliebe hoffen dürfte!“

„Tut mir leid,“ entgegnete die Befragte achselzuckend, „ich frage nicht mein Herz, sondern meinen Verstand, meinen Kopf; der sagt mir aber: Nein!“

Bourdet kam nicht aus der Fassung, sondern fragte weiter:

„Und dürfte ich auf keine Gehirnverweichung hoffen?“



Montag, 22. April.

Berlin.

- 16.00 Dr. Langheinrich-Anthon: Poesie der Großstadt.
- 16.30 Novellen von Willi Fehle.
- 17.00 Konzert. Franz Schubert: Sonate A-Dur (Gisela Springer, Flügel). Lieder von Hugo Wolf (Annelies Rust, Sopran; Flügel: Erich Rust).
- Anschließend: Mitteilungen des Arbeitsamtes Berlin-Mitte.
- 18.10 Lateinwörter in unserer Sprache (Deutscher Sprachverein).
- 19.00 Dr. med. Ernst Rothe: Angst und Asthma.
- 19.30 Oberbürgermeister Böß: Selbstverwaltung und Großstadtbevölkerung.
- 20.00 Das ABC des Theaters. Zwiesgespräch zwischen Herbert Ihwing und Erwin Piscator.
- 20.30 Unterhaltungsmusik Hotel Kaiserhof (Kapelle Géza Komor).
- 21.30 Musik der Gegenwart. Rudolph Stephan: Zwei erste Gesänge (Fritz Dittbernd, Bariton; Flügel: Dr. Karol Rathaus). Karol Rathaus: Eine kleine Serenade, op. 23 (Uraufführung). (Hermann Schrader, Klarinette; Walter Ruff, Fagott; Rudolf Rehder, Trompete; Emil Seide, Horn, und der Komponist, Klavier).

Nach den Abendmeldungen bis 9.30: Tanzmusik (A. Gutmanns Jazz-Sinfoniker).

Königsruherhausen.

- 16.00 Englisch (Kulturkundlich-literarische Stunde).
- 16.30 Helmut Buchmann und Dr. Erich Fortner: Tiroler Dichter: Oberkollter.
- 18.00 Dr. Arnold Hahn: Wie steigere ich die Leistungsfähigkeit meines Geistes?
- 18.30 Englisch für Anfänger.
- 18.55 Reg.-Rat Dr. Lieb: Welche Gewähr hat der Landwirt für eine sichere Silofutterbereitung?
- 19.20 Min.-Rat Horstmann: Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter: Mechanik.



Englische Schüler in Berlin.

Eine Gruppe von fünfzig englischen Schülern traf auf einer Wanderfahrt durch Deutschland in Berlin ein. Sie erwidern damit den Besuch, den im vergangenen Mai Schüler des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums ihnen machten. Sie sind daher auch Gäste dieser Schule. Nach vierzehntägigem Aufenthalt in Berlin werden sie zum Harz weiterreisen. Unser Bild zeigt die englischen Schüler in der Jugendherberge in Birkenwerder.

Was die Arbeitsschule leistet.

Eine Ausstellung von Schülerarbeiten in Neukölln.

Es ist gut, der Öffentlichkeit zu zeigen, wie in den Schulen neuer Art gearbeitet wird. Der frühere Schuldrill, der auf Erlernung toten Wissens abzielte, ist verdrängt durch lebendiges Schaffen, durch erziehende Arbeit. Ergebnisse der Arbeit von Hand und Fuß bietet eine Ausstellung, die in Neukölln im Schulhause Kaiser-Friedrich-Str. 208/210 von den vereinigten Schulen Kaiser-Friedrich-Realgymnasium, Aufbauschule und 53/54. Gemeindefschule veranstaltet wird. Man sieht hier eine Fülle von Zeichnungen, in denen — anders als beim Zeichenunterricht der älteren Zeit — die Persönlichkeit des Kindes und des Jugendlichen frei schaffend sich kundgibt. Aus dem Wertunterricht der Volksschule sind allerlei Bastarbeiten ausgestellt, Spielzeug, Gebrauchsgegenstände, Hilfsmittel für den Unterricht, auch ein vollständiger Radioapparat. Mädchen haben hübsche Nadelarbeiten gefertigt. Die Jugendlichen der höheren Schule lenken die Aufmerksamkeit auf sich besonders durch die Arbeiten, die als Ergebnisse ihrer Studienfahrten vorgelegt werden. Ganze Klassen haben gemeinschaftliche Reisen nach verschiedenen Teilen Deutschlands unternommen, um Land und Leute kennenzulernen. Die dort gemachten Beobachtungen und der vorher oder nachher aus Büchern zusammengetragene Wissensstoff sind zu schriftlichen Darstellungen verarbeitet worden. Verwaltung, Verkehrsweisen, Handel, Industrie, Wohnungsweisen, Schulwesen usw. wurden berücksichtigt, so daß sich aus dieser gemeinsamen Arbeit ein vielfältiges Bild der bereicherten Gegend ergibt. Jeder Schüler hat nach Befähigung und Neigung das Seine beigetragen. Nicht nur an Fachleute, sondern selbstverständlich auch an die Elternschaft wendet sich diese Ausstellung. Sie sollte von Freunden und Gegnern der Schule neuer Art besichtigt werden, von Gegnern, damit sie ihr Urteil über die Schule unserer Zeit berichtigen. Die Ausstellung wurde am Sonntag im Schulhause Kaiser-Friedrich-Str. 208/210 eröffnet und kann bis zum 27. April, täglich 15 bis 18 Uhr, unentgeltlich besucht werden.

Er wollte Philosophie studieren.

Eine verurteilte und schwer bestrafte Erpressung.

Als einen verschrobenen Menschen begutachtete Sanitätsrat Dr. Leppmann den 20jährigen Schlosserlehrling S., der sich vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bode wegen verurteilter Erpressung mit Wordanbahnung zu verantworten hatte. S. war auf Anordnung des Gerichts auf seinen Geisteszustand untersucht worden, weil er in einer früheren Verhandlung ganz konfuse Ideen entwickelt und mit unverständlichen Zitaten aus Kant, Schopenhauer und Nietzsche um sich geworfen hatte. Als Grund für sein Verbrechen hatte er auch angegeben, daß er sich mit Gewalt die Mittel verschaffen wollte, um Philosophie studieren zu können. Der Angeklagte stammt aus guter Familie. Auf der Schule hatte er keine Lust zum Lernen. Als sein Vater ihn dann aber in die Schlosserlehre tat, verippte er noch weniger Reue zu körperlicher Arbeit und entdeckte nun plötzlich seinen Drang zum Studium. Die Mittel wollte er sich auf eigenartige Weise beschaffen. Auf seiner letzten Lehrstelle hatte er in einer Villa im Grünwald für seinen Meister eine Radioanlage gelegt. Da nach seiner Ansicht, wie er sich vor Gericht äußerte, die reichen Leute doch nichts geben, wenn man ihnen nicht drohe, setzte er sich hin und schrieb an Frau A., die Gattin des Villenbesizers einen Drohbrief des Inhalts: „Sehr geehrte gnädige Frau! Lesen Sie genau, was ich Ihnen schreibe. Wenn Sie alles befolgen, wird Ihnen nichts passieren. Befolgen Sie es aber nicht, dann sind Sie und ich in einer Woche im Jenkelt. Herr hat das Lebenibel mitgeschleppt und ich bin ein Verzeiwelter.“ Es folgte dann die Aufforderung, an einer bestimmten Stelle bei Hundefleisch, dort wo eine Tafel sich befindet, am 1. November zur Geisterstunde eine Konserpendbüchse mit 1500 Mark in den Chauffeegraben zu werfen. Er werde dann einen roten Hut schicken, wenn diesem etwas passiere, so sei Frau A. ebenfalls dem Tode verfallen. Herr A. legte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung. Es wurde zunächst eine Konserpendbüchse mit einem Zettel an der betreffenden Stelle niedergelegt, in der A. erklärte, daß er nicht daran denke, den Betrag zu zahlen, aber bereit sei, wenn es sich um einen Arbeitslosen handeln sollte, eine kleine Unterstützung zu gewähren. Am nächsten Tage meldete sich eine Stimme am Telefon, die sich als Dr. Kaiser bezeichnete. Es wurde ein Zusammenreffen in Hundefleisch verabredet und dort war auch ein Herr, auf den der Angeklagte mit den Worten verantrat: „Vergeltung, habe ich die Ehre, mit Herrn A. zu sprechen.“ Es war dies aber ein Kriminalbeamter, der den jugendlichen Erpresser festnahm. Mit Rücksicht auf die Verurteilung des Angeklagten ließ das Gericht Milde walten und verurteilte S. nur zu 7 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Für den noch nicht verbüßten Teil der Strafe erhielt er außerdem noch Bewährungsfrist.

Die Fremdenlegionäre organisieren sich.

Der „Bund ehemaliger französischer Fremdenlegionäre E. V. Düsseldorf“ konnte seit seinem zweijährigen Bestehen diese Hunderte junger Deutscher, die durch Abenteuerlust, Abenteuerlust in die Reihe der Agenten der Fremdenlegion getrieben wurden, noch rechtzeitig vor weiterer Unglück bewahren. Die Tätigkeit des Bundes hat die Unterstützung der höchsten Staatsbehörden gefunden. Zu den Ortsgruppen Köln, Duisburg und Elberfeld wird jetzt die Ortsgruppe Berlin treten, zu der bereits zahlreiche Anmeldungen ordentlicher und fördernder Mitglieder vor-

liegen. Bei der Gründungsversammlung werden Lichtbilder vom Leben der Legionäre in Kampf und Garnison gezeigt werden. Die Versammlung findet am Mittwoch, dem 24. April, im Saal der Schultheiß-Bahnhöfer-Brauerei, Turmstraße 25, statt.

Für Sicherheit in der Eisenbahn.

Eine Erfindung zur Verhütung von Zusammenstößen.

Zwei Schauspieler-Lokomotiven, vielleicht gar ein Lokomotiv-Ehepaar, das nachts im Schuppen friedlich zusammen schläft, sollten demonstrieren, wie durch den Erfindungsgeist des Italleners Miro Farina ein Zusammenstoßen, Auffahren, kurz und gut, ihr wildes Naturell gebändigt werden kann. Man hatte die Presse auf freie Strecke weit hinter Badorf bei Schönwalde hinausbestellt. Vielleicht wollte man lästige Jaungäste abwehren, vielleicht auch die ganze Primitivität der Vorführung hier draußen etwas vertuschen. Die heitere Natur, die schöne Feldlandschaft wirkten verjöhlich. Als die Gäste auf die frischgestrichenen Demonstrationlokomotiven der Kleinbahn hinauskletterten, vermeint man das Röhren der Langen zu hören, qualmend seuchen sie hinaus, und man weiß nicht, ob ihr Lachen der Erfindung oder den Pressvertretern gilt. Bald bleiben sie gefesselt an einem vorbereiteten Sirenenabschnitt stehen. Inmitten des Schienenwegs hat man hier auf etwa 500 Meter einen Draht über die Schwellen gelegt. An beiden Enden des Drahtes stehen die Lokomotiven mit der Stirnseite gegeneinander. Ein provisorisch befestigter Bügel zwischen den Rädern brückt beim Fahren auf den Draht auf die Erde. Wenn bei falscher Weichenstellung bzw. bei Ueberfahren von Signalen oder bei Rebol die beiden Lokomotiven sich nähern, schließen die auf beiden Lokomotiven aufgestellten elektrischen Apparate bei einer Annäherung auf 1200 Meter selbsttätig durch den verbindenden Draht einen Stromkreis, der Alarmvorrichtungen am Lokomotivführerstand auslöst. Dieses Bänklitz wird sichtbar und — wie nun die Probefahrt zeigt — ertönt bei langsamem Anfahren der Lokomotiven ein Klingelzeichen, das um so ungestümer wird, je mehr sie sich nähern. Für später ist gedacht, daß die Apparate auch selbsttätig den Zug zum Stehen bringen. Die Sache ist so einfach, daß man zuerst enttäuscht wird. Es fehlt die Sensation, es fehlt beinahe auch der Erfindung die Ueberzeugungskraft. Man kann sich eine so umständliche und den freien Streckenverkehr hindernde Anlage auf den Bahnkörper nicht denken. Und so erfährt man auch, daß die Erfindung eigentlich nur für elektrifizierte Strecken gedacht ist, wo die Zuleitungsschiene als Verbindung des Stromkreises benutzt werden soll. Summevoll dies durchführbar sein wird und andererseits sich nicht Gefahrenquellen durch Benutzung einer Starstromleitung ergeben, mag dahingestellt bleiben. Wie wir wissen, gehen die Veruche der Reichsbahn schon über diese Erfindung hinaus, sie beschäftigen sich bereits damit, elektrische Warnsignale mit Hilfe drahtloser Wellen auszulassen. Eigentlich ist von den ganzen Vorgängen nichts weiter zu vermelden, als daß zwischen Badorf und Liebenwalde kein weiteres Unglück geschehen ist. Vergnügt über den schönen Ferientag, dampfte das friedliche Lokomotiv-Ehepaar wieder zum Bahnhof zurück.

Pockenkonferenz in Calais.

Vorsichtsmaßnahmen überall.

In Calais trat am Sonnabendnachmittag eine französisch-englische Pockenkonferenz zusammen. Die Konferenz wurde zusammenberufen, nachdem die englische Regierung gegen den von den französischen Behörden in der vorigen Woche für aus England kommende Personen eingeführten Impfscheinzwang Einspruch erhoben hatte. Wahrscheinlich wird hieron Abstand genommen werden. Dagegen dürfte man die Verhängung einer Quarantäne für nach Frankreich reisende Personen ins Auge fassen, die aus von den Pocken besonders heimgeheften Gebieten des britischen Reiches kommen. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Pockenepidemie in England hat in Esbjerg, dem dänischen Hafen für den Verkehr mit Harwich, der Kreisarzt die Gesundheitsbehörde aufgefordert, eine besondere Ueberwachung der aus England eintreffenden Reisenden anzuordnen, und zwar auf die Weise, daß der Nachweis einer vor höchstens acht Tagen erfolgten Pockenimpfung geführt werden soll. Die Gesundheitsbehörden glauben demgegenüber, daß, nachdem man in England anscheinend Herr der Epidemie geworden sei, keine besonderen Maßnahmen notwendig seien. Dagegen sind die Quarantäneärzte angewiesen worden, die von ihnen für notwendig erachteten Maßnahmen zu treffen. Auch in den schwedischen Häfen Göteborg und Walmö sind gewisse Schutzmaßnahmen getroffen worden, wonach bei Ankunft von Dampfern aus England die Reisenden und die Besatzungen ärztlich untersucht werden sollen. Es darf noch einmal darauf hingewiesen werden, daß für Deutschland keinerlei Grund zur Beunruhigung vorliegt.

Das neue Berliner Funkhaus, mit dessen Errichtung auf dem Messelände am Kaiserdamm nach einem Entwurf von Professor Pölzig im kommenden Sommer begonnen werden soll, wird in seinem 10 bis 12 Meter hohen Senderaum den atavistisch modernsten Senderaum Europas erhalten.

Das Berliner Baugewerbe.

Wie es seine „Mitarbeiter“ bezahlt!

Die im Berliner Baugewerbe geschäftigten technischen Angestellten führen seit Jahren einen Kampf um ihren wirtschaftlichen Aufstieg, da die tarifvertraglich vereinbarten Gehaltsätze keineswegs als eine angemessene Bezahlung für die zu leistende Arbeit zu betrachten sind. So sah sich der Bund der technischen Angestellten und Beamten auch in diesem Jahre gezwungen, den Berliner Bezirksrat zu Ende März zu kündigen und eine Gehaltserhöhung um 15 Proz. zu fordern. Die Verhandlungen am 18. April mühten ergebnislos abgebrochen werden, da die baugewerblichen Arbeitgeberverbände eine Erhöhung der geltenden Gehaltsätze rundweg ablehnten. Ueber den Verlauf der Verhandlungen berichtete Genosse Sneli, Fachgruppenleiter des „Antab“, in einer überfüllten Versammlung im Lehrervereinshaus am gleichen Tage. Ein Bauingenieur erhält nach ordnungsmäßiger Lehrzeit als Maurer oder Zimmermann mit Gesellenbrief, im Besitze des Schlußprüfungszeugnisses einer staatlich anerkannten Fachschule als „Gegenwert“ für seine Tätigkeit 210 Mark Monatsgehalt. Steht er jedoch noch im ersten Berufsjahr als Techniker oder ist er besonders strebsam und tüchtig gewesen und hat seine Ausbildung vor dem 20. Lebensjahre abgeschlossen, dann bekommt er zunächst nur 190 M.

Nicht besser geht es dem Gros der Berliner Bautechniker, die nach dem Tarifvertrag als sogenannte „fertige Techniker“ gelten und sich mindestens im vierten Berufsjahr befinden müssen, um einen Rechtsanspruch auf 300 Mark Monatsgehalt zu haben. Gar nicht zu reden von der Bezahlung eines selbständigen Bauführers, der mindestens acht Berufsjahre aufweisen muß, mit 395 Mark monatlich. Zum Ausgleich für die zu geringe Bewertung seiner selbständigen Stellung darf der letztgenannte jedoch unter eigener Verantwortung tätig sein und sämtliche Risiken tragen, die mit der Leitung eines großen Bauvorhabens verbunden sind, auf dem ein Duzend Poliere und mehrere hundert Facharbeiter nebst den erforderlichen Hilfskräften arbeiten.

Berücksichtigt man neben den verlangten Leistungen noch die reale Kaufkraft der genannten Ziffern, so kommt man zu dem Schluß, daß die geforderte Erhöhung gewiß als außerordentlich bescheiden zu bezeichnen ist. Besonders den im Berliner Baugewerbe beschäftigten Facharbeitern ist aber der sicher überflüssige Rat zu erteilen, nicht nach „Höherem zu streben“, da dies mit einem bedeutend geringeren Einkommen „belohnt“ wird und mancher tüchtige Bautechniker lieber wieder zur Kasse gegriffen hat.

Trotzdem das Berliner Baugewerbe im vergangenen Geschäftsjahr sehr gute Verdienste einheimen konnte und mit Worten der Anerkennung über seine „Mitarbeiter“ nicht spart, ist es in den letzten vier Jahren nicht möglich gewesen, ohne die Hilfe der tariflichen Schlichtungsinstanzen auszukommen. Gern weisen die Inhaber der Berliner Baugeschäfte auf das gute Einvernehmen mit ihren Technikern und auf das in diesem Gewerbe bestehende patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hin, ohne jedoch ihrer „väterlichen Güte“ einen finanziellen Ausklang zu geben.

Die Berliner Bautechniker sind jedoch, wie aus der lebhaft geführten Diskussion hervorging, gewillt, diesen unwürdigen Zustand mit aller zur Verfügung stehenden Kraft zu beenden. Sie beauftragten daher in einer einstimmig angenommenen Entschiedenheit ihre Fachgruppenleitung, alle diejenigen Maßnahmen schon jetzt vorzubereiten, die zu ergreifen sind, falls ihre Forderung von dem am 25. April tagenden Tarifamt nicht erfüllt wird, und übernehmen ihrerseits die Verpflichtung, alle Berufsstellen in die freigewerkschaftliche Kampffront einzureihen, um zur gegebenen Zeit die Macht darzustellen, die einzig und allein ausschlaggebend ist, um die diesjährige Gehaltsbewegung mit Erfolg zu beenden.

Ein Schüler seiner Arbeiterinnen.

Der Verband soll sie nicht ausnützen.

Herr Michael Weig betreibt Neue Friedrichstr. 44 eine Damenwäschefabrik. Er ist Herr im Hause, und wenn seine Arbeiterinnen sich auf ihre gelegentlichen Rechte berufen, sind sie bei ihm unten durch. Gesezesbestimmungen, die den Arbeiterinnen günstig sind, sind für ihn Luft. Poht ihm der Arbeiterrat nicht, setzt er ihn einfach ab und „ernenn“ einen neuen. Der Neuwahl des Betriebsrats steht er sehr ungnädig gegenüber und macht dem Wahlvorstand alle möglichen Schwierigkeiten, um ihn in der Ausübung seines Amtes zu behindern. Da der Wahlvorstand sich nicht irremachen ließ, fand Herr Weig, daß für ihn keine Arbeit mehr da sei. Dem Vorliegenden kündigte er.

Sonnabends hält Herr Weig seinen Betrieb geschlossen, verlangt aber, daß an den übrigen fünf Arbeitstagen um so länger gearbeitet wird, falls es ihm beliebt. In einer Betriebsversammlung wurde festgestellt, daß tagelang hintereinander täglich über 10 Stunden gearbeitet wurde.

Von der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen ist Herr Weig nach allem kein Freund. Er warnte sie vor dem Beitritt zum Bekleidungsarbeiterverband. Sie sollten lieber den Beitrag sparen und sich vom Verband nicht ausnützen lassen. Das möchte er selber besorgen, sagt aber, er lasse sie doch Geld verdienen.

Die Arbeiterinnen verzichteten jedoch auf ihre Beschäftigung vor der Ausnützung des Verbandes und traten ihm fast ausnahmslos bei. Nun wird ihnen mit der Schließung des Betriebes gedroht, um sie ins Bodenhorn zu jagen und — um die Wacht einer Betriebsvertretung zu hintertreiben.

Der Tarifvertrag sieht für die im Accord Arbeitenden die Bezahlung der Feiertage vor. Herr Weig drückte sich vor der Bezahlung, indem er erzählte, er habe nach dem Reichsarbeitsministerium geschickt und die Auskunft erhalten, daß ein neuer Vertrag bestünde, der diese Bestimmung nicht mehr enthalte. Das ist unwahr! Soll er Ueberstunden bezahlen, dann erzählt er, er habe vom Arbeitsgericht die Auskunft eingeholt, daß die Stunden am Sonnabend ohne Bezahlung nachgearbeitet werden müßten; Ueberstundenzuschlag läme nicht in Frage.

Es wird Herrn Weig nicht gelingen, seine Arbeiterinnen aus dem Verbanne zu bringen. Er wird sich wohl- oder übel nach den geleglichen Bestimmungen richten müssen.

Die fünf Koalitionsparteien des Reichstags haben im Hinblick auf die Aenderung des Einkommensteuergesetzes nachstehenden Antrag eingebracht: „Bei der Festsetzung der Durchschnittssätze der nichtbuchführenden Landwirte und Gewerbetreibende für die Einkommensteuer auch Verlustbetriebe mit zu berücksichtigen.“

Wetter für Berlin: Weiterhin kühl und windig, zeitweise stärker bewölkt mit Neigung zu einzelnen Schauern. Für Deutschland: Weitverbreitete Nachtfröste, auch am Tage kühl und besonders im Norden einzelne Schauer.